# Volkswacht

für Schlesien · Organ für die werktätige Bevölkerung

Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" und der monatlichen Beilage „Junge Kämpfer" und ist durch die Haupt-Expedition Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlung der „Volkswacht", Neue Graupenstraße 5; Matthiasstraße 100, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.37 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.45 Rmk., monatlich 1.55 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 1.90 Rmk. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2.26 Rmk.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Nr. 217 32 und 217 39, Redaktion Nr. 217 38. Postscheckkonto: Breslau 3852. Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf. — Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt — Einzelnummer 10 Pf.

43. Jahrgang — Donnerstag, den 28. Januar 1932 — Nr. 23


# Die Nazis im Solde der Direktoren des französischen Großkapitals

## Die Direktoren der Skoda-Werke finanzieren die Nazis

**Dresden**, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Der sozialistische Abgeordnete der französischen Kammer Paul Faure teilte in Dresden in einer öffentlichen Versammlung u. a. folgendes mit:

Das französische bürgerliche Blatt „Journal" habe unter den **Geldgebern der deutschen Nazis** auch **die tschechischen Skoda-Werke** genannt, deren Aktienmehrheit dem französischen Munitionsfabrikanten Schneider-Creuzot gehört. Auf eine Anfrage in der Oeffentlichkeit habe er zwar keine Antwort, aber den Besuch eines Direktors von Schneider bekommen, der erklärt habe, nicht die Skoda-Werke selbst, sondern

**die deutschen Direktoren der Skoda-Werke seien als Geldgeber des deutschen Faschismus bekannt.**

Faure fügte hinzu, wenn Schneiders Angestellte deutschen Kriegshetzern Geld gäben, so müßten sie genau, daß ihr Chef nichts dagegen habe.

* * *

**Die Skoda-Werke sind die im französischen Besitz befindliche große Waffenfabrik der Tschechoslowakei.**

## Der Preissenkungskommissar wird energisch

**Rundschreiben an die Länderregierungen, die Regierungspräsidenten und Oberbürgermeister für schärfere Ueberwachung der Preissenkungsaktion**

Der Reichskommissar für Preisüberwachung hat an die Länderregierungen, die preußischen Regierungspräsidenten und die Oberbürgermeister der großen Städte ein Schreiben gerichtet, in dem er **eine energischere Durchführung und Ueberwachung der Preissenkungsaktion fordert.**

Goerdeler weist insbesondere darauf hin, daß die Verordnung über Preisschilder und Preisverzeichnisse nicht überall streng beachtet wird. Insbesondere liege eine Fülle von Anzeigen darüber vor, daß beispielsweise in den Friseurgeschäften die Preisverzeichnisse nicht ausgehängt werden. **In allen Fällen, in denen eine letzte Warnung nicht neulich, sei unter Umständen mit kurzfristiger Schließung der betreffenden Geschäfte vorzugehen. Die Unsitte, bei Verkäufen von kleinen Mengen einen Aufschlag zu berechnen, müsse ebenfalls unbedingt beseitigt werden.**

## Otto Braun

**Zum sechzigsten Geburtstag**

Von Ernst Hamburger

Nicht ein gütiges Geschick, nicht äußere Glücksumstände und Hilfe anderer, sondern ein praktisch nüchterner Verstand, zäher Wille und durch Arbeit und Vertiefung erworbene Ueberlegenheit haben den heute 60jährigen Otto Braun in eine der höchsten und einflußreichsten Stellen der deutschen Republik erhoben. Einst ein Schriftsetzer in Königsberg, mit den Schicksalen des ostpreußischen Landproletariats aus dem eigenen Lebens-, Familien- und Erfahrungskreis vertraut, geriet er in die Einflußsphäre der sozialdemokratischen Bewegung noch in den letzten Jahren des Sozialistengesetzes. Hugo Haase, der wenig älter als erster das Proletariat in der Nordost-Ecke Deutschlands dem sozialistischen Gedanken erschloß, übte großen Einfluß auf ihn aus, Ludwig Quessel war ihm Freund und Mitkämpfer, Gustav Maale arbeitete mit ihm zusammen an dem ersten Blatt, das von der Königsberger Sozialdemokratie herausgegeben wurde und in dem Hand- und Kopf-

arbeit, Verlags-, Redaktions-, Setzer- und Kolporteurtätigkeit noch von denselben Männern geleistet wurde. Wie verschiedene Charaktere und Typen vermochte der gleiche Gedanke der Befreiung des Proletariats zu gemeinsamer Arbeit am Dienst dieser Idee zu einen!

Nur Arbeit und Leistung schafft die Persönlichkeit, niemals nörgelnde oberflächliche Kritik, die am Wesen der Dinge ahnungslos vorbeigeht. Otto Braun war auf dem radikalen Flügel der Partei anzutreffen, wie es der Klarheit des Aufrisses seines Gedankengebäudes und seinem politischen Temperament entsprach, verarbeitete die radikale Grundstimmung in die Aufbauarbeit, die von ihm verlangt wurde. Agitator bei den Landarbeitern, Redakteur in der Parteizeitung, Organisator der Ortskrankenkasse Königsberg, Kassierer im Parteivorstand, Abgeordneter im Dreiklassenparlament: in alle diese Gebiete und viele benachbarte Aufgaben arbeitete er sich mit Fleiß und Eifer hinein, er kannte die Dinge genau, über die er Entscheidungen zu treffen hatte. Er ging den Problemen auf den Grund, bevor er über sie redete. Als „Finanzminister" im Parteivorstand wirkte er an einer Stelle, von der aus er wie kein anderer das Gesamtaufgabengebiet der Partei in seiner immer größer werdenden Ausdehnung und Verzweigung, die Bedingungen und Notwendigkeiten der Arbeit im Zusammenstoß von Wunsch und Streben auf der einen Seite, Grenzen und Möglichkeiten auf der anderen Seite zu überschauen und zu beeinflussen vermochte.

Abgeordneter seit 1913, fühlte er sich in erster Linie der Landarbeiterschaft verbunden, deren politische und soziale Lage er in schärfster Kritik gegen die gesamte Agrarpolitik des Obrigkeitsstaates und gleichzeitig mit ständigen positiven Aufbauvorschlägen von seiner Jungferrede im Mai 1914 ab unablässig behandelte. Nach der Revolution Volksbeauftragter, dann Landwirtschaftsminister im ersten Preußischen Kabinett, hat er das Grundgesetz einer [illegible] durchgeführt, in dem ihr das Ziel gesetzt. Er [illegible] die Fesseln, die die Landarbeiterschaft knechteten, das Koalitionsrecht und Streikrecht für die Landarbeiter wurde geschaffen, die Gesindeordnung [illegible] die [illegible] Domänen [illegible] Gebiet der

# Der Kampf um die französische Wahlrechtsverschlechterung

## Scharfe Obstruktionskämpfe den ganzen Tag hindurch

## Heftige Tumulte in der Kammer

**Paris**, 27. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

In der französischen Kammer stand am Mittwoch der Wahlreformvorschlag der Wahlrechtskommission zur Beratung. Zu einer Debatte über den Vorschlag kam es nicht. Schon in der Vormittagssitzung stellte der Sozialist Bracke einen Vertagungsantrag. Er begründete ihn damit, daß die Sozialisten nicht für einen Vorschlag stimmen könnten, der darauf hinauslaufe, daß im Parlament die Minderheit der Wähler vertreten sei. Die Sozialisten seien stets für die Verhältniswahl eingetreten und seien auch heute noch bereit, für jede derartige Reform zu stimmen. Der Berichterstatter der Wahlrechtskommission sprach sich gegen die Vertagung aus, ebenso ein kommunistischer Redner, der die sofortige Beratung des von den Kommunisten eingebrachten Vorschlags über die Einführung der Verhältniswahl verlangte.

Der sozialistische Abgeordnete Frossard beantragte dann, die Fortsetzung der Debatte auf Donnerstag zu vertagen. Dagegen wandte sich der Vorsitzende der Kommission, Mandel, der die Weiterberatung am Nachmittag verlangte. **Der Antrag Frossard wurde schließlich ebenfalls mit 313 gegen 250 Stimmen abgelehnt.** Mandel schlug nun die Weiterberatung um drei Uhr nachmittags vor. Während die Sitzung bis dahin einigermaßen ruhig verlaufen war, kam es nach dem Vorschlag Mandels zu heftigen Tumultszenen, die teils von der Mehrheit, teils von der Opposition ausgingen. Der sozialistische Abg. Grumbach wandte sich gegen die Beratung um drei Uhr, da am Nachmittag verschiedene Kommissionen tagten, in denen nützliche Arbeit geleistet werde, während es sich bei der Debatte um die Wahlreform um reine Zeitverschwendung handele. (Großer Lärm und Pultdeckelklappern auf der Rechten.) Auf einen Vorschlag des Sozialisten Lafont, die Sitzung um sechs Uhr wieder aufzunehmen, löste sich auf der Rechten ein derartiger Tumult aus, daß der Präsident sich kein Gehör verschaffen konnte und die Sitzung eine Viertelstunde unterbrechen mußte. Die Kammer lehnte den Antrag Lafont mit 314 gegen 250 Stimmen ab und einigte sich schließlich, um 3½ Uhr weiterzuberaten.

Am Nachmittag setzte die Linke ihre Obstruktion fort. Zunächst beantragte Abg. Grumbach die Unterbrechung der Sitzung bis um 6½ Uhr, um den Kommissionen Zeit zu geben, ihre für den Nachmittag einberufenen Sitzungen abzuhalten. Die Geschäftsordnung der Kammer verlange ausdrücklich, daß am Mittwochnachmittag, abgesehen von Ausnahmefällen, keine Sitzung stattfinde. Ein Abgeordneter der Rechten, der Herzog von Audiffret-Pasquier, unterbrach Grumbach mit der Bemerkung, er solle doch lieber nach seiner Reise nach Berlin berichten. Diese Bemerkung bezog sich auf einen Artikel im „Echo de Paris", in dem gesagt wird, daß Léon Blum und Grumbach nach Berlin gereist seien, um die Sozialdemokratie zu veranlassen, dafür zu sorgen, daß die Preußenwahlen erst nach den französischen Kammerwahlen stattfinden, damit diese nicht durch einen eventuellen Sieg der Nazis beeinflußt werden. Grumbach erwiderte dem Zwischenrufer, Léon Blum und er selbst seien nicht nach Berlin, sondern nach Köln gefahren. Zu welchem Zweck die Reise erfolgt sei, sei aus dem „Populaire" zu ersehen. Der Antrag Grumbach wurde dann mit 315 gegen 247 Stimmen abgelehnt.

Im Anschluß daran beantragte der Sozialist Monnet, die Debatte über die Wahlreform überhaupt zu vertagen, da die Kammer über zahlreiche Gesetzentwürfe hinsichtlich der Krise in der Landwirtschaft zu beraten habe. Selbst wenn die Kammerwahlen bis zum Mai vertagt werden sollten, habe die Kammer noch genügend andere Arbeiten zu erledigen. Der wahre Grund für die Vertagung der Wahlen sei aber, daß die Rechtsmehrheit erst das Ergebnis der preußischen Wahlen abwarten wolle, weil sie für ihre Propaganda die Politik des Schlimmsten in Deutschland wünsche. „Ich erkläre" — so fuhr Monnet zur Rechten fort — „offen, was Sie heimlich denken." Diese Worte lösten einen unbeschreiblichen Tumult auf der Rechten aus. Monnet wurde am Weiterreden gehindert und der Präsident mußte schließlich die Sitzung unterbrechen. Monnet wurde am Weiterreden gehindert und der Präsident mußte schließlich die Sitzung unterbrechen. Nach der Wiederaufnahme wurde der **Antrag Monnets mit 313 gegen 250 Stimmen abgelehnt.**

Nun begründete Herriot im Namen der Radikalen einen Antrag auf Weisung der Wahlreformvorschläge an eine Kommission und forderte namentliche Abstimmung auf der Tribüne. (Die Sitzung dauert an.)

Die Kammer lehnte auch den Antrag Herriots mit 246 gegen 213 Stimmen ab und vertagte sich auf Donnerstagvormittag, nachdem die Linke zugesagt hatte, keine Vertrauensanträge mehr zu stellen. **Die Obstruktion wird mit Hilfe von Gegenprojekten und Abänderungsanträgen fortgesetzt werden.**

## Keine Veröffentlichung Lohrsens

**Kronberg**, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In der Vorunterschlagungssache gegen die Gebrüder Lohrsen hat die Strafkammer Bremen den Antrag auf Haftentlassung des angeschuldigten Karl Lohrsen entsprechend dem Antrag der Staatsanwaltschaft abgelehnt. Das Gericht hat Zuchthausstrafe auch bei Stellung der von dritter Seite angebotenen Sicherheit [illegible] Verurteilung [illegible] angesehen.

kündete der Sohn der Landarbeiterin die Rechte des Proletariats. Sachverständig entwickelte er die neue Landwirtschaftspolitik in Preußen. Als „Minister gegen die Landwirtschaft", von der Agrarreaktion wütend befehdet, versicherte er diese seiner Ueberzeugung,

„ich würde auch für die Herren in den agrarkonservativen Kreisen der sachkundigste Minister sein, wenn ich mich zum Vorspann ihrer gewinn- und herrschsüchtigen Interessenpolitik machen ließe. Daß ich das ablehne, daß ich insbesondere wagte, für die nach Millionen zählenden Landarbeiter und Kleinbauern einzutreten, die man früher gewohnt war an die Wand zu drücken — damit habe ich mir den giftigen Haß dieser Herren zugezogen. Ich lege kein Gewicht darauf, Ihre Zufriedenheit zu erringen, wenn ich das wollte, wäre ich hier nicht mehr möglich."

Ministerpräsident nach dem Kapp-Putsch, hat er dieses Amt nunmehr 12 Jahre inne mit einer Unterbrechung von einigen Monaten im Jahre 1921 und einer kurzen Spanne im Jahre 1925. Kein Minister blickt im Reich und in Preußen auf eine derartig lange, kaum unterbrochene Tätigkeit zurück, niemand hat seinem Amte einen so deutlichen und weithin kenntlichen Stempel aufgeprägt wie er der Führung der Preußischen Staatsgeschäfte. Was das demokratisch-republikanische Preußen nach dem Kapp-Putsch für die Festigung der Republik, im Ruhrkampf für die Erhaltung der Reichseinheit und die Abwehr nationalistischer Abenteurerpolitik, in der Stabilisierungsperiode für den Ausbau und die Entwicklung sozialer, demokratischer und kultureller Rechte der Arbeitnehmerschaft, in der Zeit des drohenden Faschismus in der Organisation der staatlichen Gewalt gegen den größten Feind der Demokratie gewesen ist und ist, es ist unzählige Male geschildert worden. Es ist geschehen unter Führung Otto Brauns. Er hat es vermocht, beide die politischen Kräfte zu entscheidendem Stoß oder zu erfolgreicher Abwehr zusammenzureißen und von Jahr zu Jahr an Autorität und Ueberlegenheit gewinnend, die zahlreichen Gegner des neuen Preußens und der deutschen Arbeiterbewegung zu bändigen. Wurde Severing zum Typus sichernder Klugheit, Grzesinski zum Politiker von kämpferischer Kraft, so wuchs Braun zum Führer von überragender Größe heran.

Realist durch und durch, von unbeirrbarer Willensenergie, ist Braun dabei ein geschickter und wendiger Taktiker aus politischer Notwendigkeit, nicht aus einer inneren Freude an Wesen und Methoden der Taktik. Er liebt die Klarheit und haßt die Vernebelung der Atmosphäre. Kaum der Reichswehr von 1924, als sie größte Verleumdungskampagne gegen die Sozialdemokratie tobte und die Reaktion Morgenluft witterte, wünschte er klare Fronten und Oppositionsstellung der Sozialdemokratie auch in Preußen. Es bedurfte damals der ganzen Ueberredungskunst Hermann Müllers, um die preußische Landtagsfraktion Anfang 1925 gegen den Willen Brauns zur Regierungsbeteiligung in stark veränderter Machtposition zu bewegen. Aber als Braun nach drei Monaten, nach der Reichspräsidentenwahl, wieder zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, hätte niemand mit größerer Meisterschaft und frischerer Energie die neuen Aufgaben bewältigen können, denen er sich in unermüdlicher und ungebrochener Schaffenskraft hingegeben hat.

Otto Brauns Wert liegt in seiner Persönlichkeit und in seiner Tat. Die Freude am Wirken erfüllt ihn, nicht am Wort. Als ein Mensch ohne Eitelkeit, Aeußerlichkeiten abgeneigt, liebt er es nicht viel hervorzutreten; er prunkt und glänzt nicht mit Worten. Wuchtig in der Erscheinung, nüchtern und schwunglos in der Formung von Sätzen, gestaltet auch dieser Mann zuweilen aus seinem Sein und Werden heraus Partieen der Rede, die das ganze Parlament in den Bann seiner Persönlichkeit ziehen. Wütende Zornausbrüche der politischen Gegner umtosen ihn, wenn er im meist verhaltenen, aber zuweilen durchbrechenden Temperament den tiefen Gegensatz zwischen den von ihm vertretenen Anschauungen der arbeitenden Volksschichten und dem Klassendünkel der „Herren" in deutlicher Grobheit oder zorniger Empörung zum Ausdruck bringt. Laute Heiterkeit und freudige Zustimmung umbrausen ihn, wenn ein zuweilen fröhlicher, zuweilen grimmiger Humor ihm so manche Pointe gelingen läßt. Unvergessen ist die Erwiderung auf die unwillige Klage eines Oppositionsmannes, daß er immer wieder auf die Füße falle: es sei besser, daß ein preußischer Ministerpräsident auf die Füße falle, als daß er auf den Kopf gefallen sei.

Otto Braun, steht seit bald einem halben Menschenalter an einer kampfumtobten Stelle, die binnen wenigen Monaten so leidenschaftlich umdräut sein wird, wie keine andere. An seinem 60. Geburtstage geloben wir, diesen Kampf mit aller Hingabe und aller Kraft zu führen: für die Sozialdemokratie und gegen den Faschismus; für das demokratisch-republikanische Preußen und gegen die Reaktion; für das Preußen Otto Brauns, „denn was ein Mann wert sein, habt Ihr schon erfahren".

# Hindenburg oder Frick oder Hitler?

## Nazis wollen Frick oder Hitler als Reichspräsidentenkandidaten nominieren

### Hindenburgs Kandidatur wird vorbereitet

In diesen Tagen wird sich entscheiden, ob sich Reichspräsident von Hindenburg bei der bevorstehenden Präsidentenwahl nochmals zur Wahl stellt oder nicht.

Nazis und Deutschnationale sind im Augenblick eifrig dabei, Hindenburgs Wiederwahl unmöglich zu machen. Sie trachten deshalb danach, schon seine Kandidatur zum Scheitern zu bringen. Um dieses Ziel zu erreichen, haben in letzter Zeit zwischen Deutschnationalen und Nationalsozialisten eine ganze Reihe von Verhandlungen stattgefunden. Das Ergebnis dieser Besprechungen ist, daß die Parteileitung der Nazis am 3. Februar einen eigenen Kandidaten nominieren soll und zwar entweder Hitler oder Frick. Wahrscheinlich wird Frick aufgestellt, für den sich dann auch Hugenberg und somit die Deutschnationale Partei entscheiden wird. Mit dieser Entscheidung Hugenbergs für Frick hofft man im Lager der Nazis und ihrer Verbündeten, die Kandidatur Hindenburg durch dessen persönlichen Verzicht unmöglich gemacht zu haben. Man spekuliert dabei darauf, daß Hindenburg nicht gegen seine „einstigen Wähler" kandidieren dürfte, übrigens eine Spekulation, die ohne realen Hintergrund ist. Kein Zweifel, daß ihn Millionen und Abermillionen seiner damaligen Wähler wiederwählen würden und daß zu diesem Gros ebensoviele Millionen stoßen würden, die damals aus außen- und innenpolitischen Bedenken für einen andern Kandidaten stimmten, deren Bedenken aber in der Zwischenzeit durch die Amtsführung des Reichspräsidenten von Hindenburg behoben worden sind.

### Hier wird die Politik zur Farce

Ein rechtsstehendes Berliner Morgenblatt meldet, daß, während von deutschnationaler Seite in den letzten Tagen eine Sammelkandidatur angestrebt worden sei, neuerdings die Person Hitlers als Präsidentschaftskandidat für die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen im Vordergrund stehe. Der Mangel der fehlenden Staatsangehörigkeit Hitlers solle dadurch überwunden werden, daß der Münchener Parteipapst zum außerordentlichen Professor an der Technischen Hochschule in Braunschweig ernannt wird. Die Beamteneigenschaft bringt bekanntlich ohne weiteres die Staatsangehörigkeit mit sich.

### Die Vorbereitungen für Hindenburgs Wiederaufstellung

Der Oberbürgermeister der Reichshauptstadt, Dr. Sahm, ist seit mehreren Tagen um die Bildung eines überparteilichen Ausschusses führenden Persönlichkeiten aus allen Kreisen des deutschen Volkes bemüht, der die Wiederwahl des gegenwärtigen Reichspräsidenten von Hindenburg in die Wege leiten soll. Es ist dabei an Männer und Frauen gedacht, die in maßgebender Stellung mit großen Bevölkerungsschichten in enger Fühlung stehen. Dr. Sahm wird die Einladungen an die in Aussicht genommenen Persönlichkeiten in kürzester Frist hinausgehen lassen, so daß der „Hindenburg-Ausschuß" schon Anfang nächster Woche mit einem Aufruf an die Oeffentlichkeit treten dürfte.

Ein großer Kreis bekannter bayerischer Persönlichkeiten hat folgenden Aufruf zur Reichspräsidentenwahl erlassen:

„Der außenpolitische Erfolg der kommenden entscheidungsreichen internationalen Verhandlungen ist mit bedingt durch die Geschlossenheit, mit der das deutsche Volk hinter seinen Unterhändlern steht.

Auf den Einsatz des gewaltigen Ansehens, das der Name Hindenburg im In- und Auslande genießt, dürfen wir nicht verzichten. Kein zweiter Deutscher besitzt in ähnlicher Maße das überparteiliche Vertrauen des deutschen Volkes; kein zweiter verkörpert so vollkommen für die Welt den Glauben an Deutschland. Wir sollten deshalb dem Schicksal für jede Stunde danken, die der Generalfeldmarschall sein hohes Amt noch weiter amtet. Sein Ausscheiden würde den Weg für Zufallsanwartschaften freimachen, die vermieden werden müssen, zumal der erprobte Führer vorhanden ist.

Vor sieben Jahren feierte Deutschland die Wahl Hindenburgs als Sieg des deutschen Gedankens. Deutschlands Pflicht ist es auch heute, den Feldmarschall auf den Schild zu erheben. Die Reichsverfassung sieht die Volkswahl vor und damit die Kundgebung des Volkswillens jenseits der Parteimeinungen. Es ist höchste Zeit und Aufgabe aller, die Volk und Vaterland lieben, zur Tat zu schreiten. Das bayerische Volk hat 1925 die Wahl des Feldmarschalls entscheidend mit beeinflußt. Wir halten uns daher befugt, den ersten Schritt zu tun. Wir rufen auf zur Wiederwahl des Mannes, der wie kein zweiter Deutschland verkörpert. Wir wollen den Herrn Reichspräsidenten bitten, sich zur Wahl erneut zur Verfügung zu stellen.

Unser Ruf ergeht an alle, ohne Unterschied des Alters, des Standes, des Geschlechts, des Bekenntnisses und der Parteien."

Der Aufruf trägt die Unterschriften bekannter Persönlichkeiten der Wirtschaft, Wissenschaft, Kunst, Presse und zahlreicher Bürgermeister. An der Spitze steht der frühere Präsident des Reichsfinanzamtes Jahn.

# Der Völkerbund kapituliert vor Japan

## Der Rat läßt Japan in der Mandschurei freie Hand

**Genf**, 27. Januar (Eigener Drahtbericht).

In den zweitägigen Geheimverhandlungen des Komitees der Zwölf, d. h. des Völkerbundsrats ohne China und Japan, sowie in Einzelverhandlungen des Ratspräsidenten mit den beiden Parteien ist man am Mittwoch zur Aufstellung eines für die Behandlung des chinesisch-japanischen Konflikts gekommen.

Inbezug auf die Vorgänge in der Mandschurei hat Japan endgültig seinen Willen zur Anerkennung gebracht. Unter dem Vorwand, den Bericht der noch nicht abgereisten Untersuchungskommission zur Beurteilung abwarten zu müssen, wird der Rat praktisch den Japanern freie Hand lassen. Die erste Mitteilung der Kommission ist frühestens in 6 bis 8 Wochen zu erwarten und dürfte erst auf der Ratstagung im Mai verhandelt werden. Mehr interessiert zeigen sich die Großmächte an den Vorgängen in Schanghai, über die hinter den verschlossenen Türen verhandelt wird. Um aber jede neue Stellungnahme des Rates zu vermeiden, hat man sich dahin geeinigt, daß Japans Vertreter in einer öffentlichen Ratssitzung eine Erklärung abgeben soll, in der er feierlich die Politik der offenen Tür in der Mandschurei und die Achtung der Prinzipien des Völkerbundspaktes anerkennen wird. Der Wortlaut der Erklärung wurde am Mittwoch-Nachmittag von einem Redaktionskomitee festgelegt. Da auch diese Formel erst von Tokio gebilligt werden muß, ist mit einer öffentlichen Weiterbehandlung des Streites nicht vor Freitag zu rechnen.

# Regierungskrise in Oesterreich

Die Regierung Buresch hat am Mittwoch ihre Gesamtdemission überreicht. Der Bundespräsident hat die Minister mit der Fortführung der Geschäfte und den Bundeskanzler mit den Verhandlungen über die Kabinettsbildung betraut.

Ueber die Gründe des Rücktritts verlautet, daß nach der mehrwöchentlichen Hetze, die gegen die Regierung Buresch, insbesondere aber gegen Schober gerichtet war, die Christlichsozialen am Mittwoch den Rücktritt Schobers als Außenminister verlangt haben. Buresch hat daraufhin an die Großdeutschen die Frage gerichtet, ob sie dem Rücktritt Schobers zustimmen würden, Schober aber in der Regierung verbleiben und ein anderes Ressort erhalten würde. Die Großdeutschen lehnten diesen Vorschlag ab.

Buresch will ein Minderheitskabinett, bestehend aus Christlichnationalen und Landbund bilden.

**Wien**, 27. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Eine Minderheitsregierung Buresch aus Christlich-Sozialen und Landbund würde nur über 75 von 165 Mandaten im Parlament verfügen. Falls Buresch das Minderheitskabinett nicht zustandebringt, dürfte Seipel in den Vordergrund treten.

# Das Leben der Marie Szameitat

Roman von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis G.m.b.H.", Berlin SW 61

25] (Nachdruck verboten)

Sie hat ihn am Nachmittag ihre beste Kleidung herausgelegt. Marie freut sich.

Lange und gründlich wäscht sie sich. Peinlich auf Reinheit achtend, zieht sie sich an und betrachtet sich genießerisch prüfend in dem winzigen Spiegel. Das ist schwierig. Sie muß den Spiegel wieder und drehen, halb hoch und halb tief halten. Sie streicht über die Frisur, zieht hier eine Locke heraus und schiebt sie anders, streicht dort eine spröde Strähne zurück und versteckt sie. Marie ist, wenn auch nicht ganz, so doch sehr gefreut.

Jetzt noch die Lackschuhe. Ein letztes Ueberpudern der Haare. Vorsichtig den Hut aufsetzen. Ein abschätzender kritischer Blick zum Spiegel. Marie zögert.

Da ist ein Gedanke, ein unglaublicher Gedanke. Heimlich sieht sie auf die Tür, jählings verlegen die Tür ab, sieht da aus dem Spiegel. Soll gegenüber die Tür auf.

Ein jähziger Entschluß. Jetzt auch die Tür geöffnet. Da ist die Hülle. Und das Bewußtsein. Marie steht still, fast wie erstarrend, hält sich von der Tür fernhaltend. Wenn Fritz es ja verlangte. Gut. Sie wendet den Kopf, sieht sich um, plötzlich wieder auf die Tür. Schamlos. Sie schaut ein Tuch, reißt die Gardinen, schließt verriegelt. Schlüssel — das ist sicher. Ein prüfender Blick. Sie steht auf dem Teppich ihrer Kammer, ganz ruhig, wie gebannt. Marie ist verlegen und noch heut unbeholfen. Da ist der Spiegelschrank. Marie hat noch nicht freiwillig gesehen. Kann nicht? Sie nimmt die kleine Taschenuhr, streift sie um das Handgelenk, hängt die Kette, hängt sie über die Brust. Steht aufrecht. Sieht sich unbeholfen um. Wer bin ich? Was ist das? Ich bin Marie? — Sie hat sich schnell umgewendet, weil sie sich schämte. Marie kann ihr sonderbares Gefühl nicht bestimmen. Hat sie Angst vor sich? Fühlt sie sich hingezogen zu sich? „Wer bist du nur, Marie?"

Sie sieht fort von dem Spiegelbild. Greift hastig nach dem Waschtuch und geht zur Waschschüssel. In der Wohnung schlägt das Glockenwerk der Standuhr. Schon so spät! Jetzt wird er schon unten warten. Nein, das geht nicht. Sich wieder waschen, kämmen, ankleiden und das alles. Dauert zu lange.

Marie steht entschlossen. Sieht wieder in den Spiegel. Lächelt sich zu. Warum nicht! „Hab ich mich zu schämen? Vor mir?" Das Gesicht im Spiegel ist schön, ist seltsam schön. Und lächelt Marie zu. „Reizt!" Marie wirft den Kopf in den Nacken. Schnell den Mantel. Die Tür aufgeschlossen. Marie geht.

Unten an der Ecke wartet schon Fritz. Unbeirrt in unbeholfenem Trotz die Plakatsäule, bleibt manchmal für einige Sekunden stehen, liest irgendein belangloses Wort da, das er liest und das ihm nichts sagt. Marie sieht es, bleibt stehen, huscht in einen Hauseingang, sieht ihm weiter zu und muß plötzlich leise auflachen. Sie ruft hinüber und zuckt zurück in das Dunkel, schiebt wieder den Kopf vor, betrachtet belustigt Fritz, wie er aufspringend dasteht und sich verwundert umsieht. Sie ruft wieder. Jetzt hat er sie gesehen, lacht auf und springt herbei, fängt die Fliehende und küßt sie. Ungeniert, daß Marie sich schämt.

Fritz steht ganz still. In sonderbaren Gedanken. Seine Augenbrauen ziehen zusammen, seine Nasenflügel spielen und schnuppern. Was ist das? Diesen Duft kennt er doch. Natürlich: Puderparfüm. Einen Schritt zurück. Er sieht Marie an. Sieht und ist maßlos verblüfft, plötzlich verlegen. Marie hat den Grund erfaßt.

Sie flammt über und über auf und weiß nicht, wie sie sich entschuldigen soll, als ob sie sich schämen muß. Da jählings wieder das — der Kopf in den Nacken, ein selbstbewußtes trotziges Auflachen. Fritz erwacht danach, kommt wieder zu sich.

„Alte Achtung!" Und dann leise, etwas abgehackt, suchend. „Schön bist du, Marie! Schön bist du." Marie lacht auf. Seltsame Worte, seltsamer Mann. „Komm!"

Sie schlendern die Pelzkamer Straße hinunter. Da ist noch Leben: Passanten, Automobile, Wagen, Radler, Straßenbahn, Licht und über allem das grell spürende Band der Lichtreklamen. Es fällt schwer, den Fahrdamm zu überqueren. Wie es schwer ist, an den Autos vorbei zu gehen, ohne Angst zu leiden. Marie kommt so so leicht in die Stadt.

Einige Straßen weiter ist das Tanzlokal. Fritz läßt die Garderobe, sie geben ihre Mäntel ab und nun — Riesenräume, Riesenfüße, Lachen, Musik, kichernde Schreie, Radau, Geigen, Paukenschlag. Marie steht verwirrt. Das ist Neues. Sie muß sich erst zurechtfinden, muß sich erst daran gewöhnen. So sehr überrumpelt es.

In der riesigen Halle — Fritz erzählt, daß sie einmal früher eine Markthalle gewesen war — tausende Menschen. Tanzend, trinkend, sich unterhaltend, sich amüsierend, lachend, sich suchend, gefunden. Ein verwirrender Anblick! Zwei große Musikkapellen, zwei kleinere Streichorchester, die lösen sich ab. So ist fünfmal Musik, kaum eine Minute ohne Musik, ohne Tanz.

In der Mitte ein fast straßenbreiter Gang. Voll von Pärchen, die in Stimmung sind und dort spazieren, voll von Einzelgängern, die sich suchen oder den Pärchen nachjagen, dem Mann das Mädchen, die Frau den Mann ablocken. Links und rechts Tische, alle besetzt, alle gesucht. Marie spaziert mit Fritz langsam und neugierig vorwärts. Sie spürt Blicke, die auffordern, sieht verstohlen zwinkernde Augen. Merkwürdig ihr selbst, sie muß darüber lachen. Wie sie dem sie ihre Beobachtung erzählt. Der zeigt ihr nun die beiden riesigen Tanzparkette, links und rechts je eine Tanzfläche. Marie ist sprachlos. Wie ein in rasende Bewegung versetzter Bienenschwarm drängt es sich da, sich stoßend und schiebend. Die Blasmusik wird lärmender, die Posaunen traktieren mit hellem Schmettern, die Pauken unterstreichen mit dumpfen Schlägen. Fieber packt die Tänzer. Lachen, Schreie, Zurufe: Schneller! Die Takte überschrillen, überhämmern sich, die Parkette rasen. Wirbelnder Taumel, über dem, von Bogenlampen grell durchstoßen, graublau die Rauchwolke tausender Zigaretten und Zigarren schwankt und zittert. Die Luft ist schwer und seltsam beklemmend, herbsüßlich duftendes Parfüm liegt in der Luft und mischt sich in dem feuchten Dunst heißer, kreisender Leiber, mit Kaffee- und Speisengeruch und dem Alkohol, der aus tausenden Gläsern ausdunstet. Marie steht noch immer da, sieht zu, hört, wie die Kapelle oben, selber angesteckt, immer hitziger wird und das Gläserklirren und Füßescharren übertönt.

Da fühlt Marie sich jählings gepackt. Von Fritz, der sie hastig reißt, auf das Parkett, mitten hinein unter die Stehenden, Drängenden, Fiebernden, Lachenden, Schreienden. Fritz wirbelt Marie herum, daß ihr Atem kocht und sie Fritz nicht begreift. Daß sie das vergißt und mit geschlossenen Augen sich willig ihm hingibt, läßt, alles vergessen hat und hemmungslos schon aufreizt: „Fritz! Fritz! Weiter! Schneller! Schön!"

(Fortsetzung folgt.)

# Neue Riesenkundgebung der „Eisernen Front“

## n Berlin — mehr als 15000 Besucher — Tausende mußten umkehren
## Die Nazis stehen nicht zu ihren Worten und Forderungen

Die Berliner Sozialdemokratie veranstaltete am Mittwoch end in dem größten Saale der Reichshauptstadt ne gewaltige Kundgebung gegen Faschismus und Kriegsgefahr. er Beginn der Kundgebung war auf 20 Uhr angesetzt, aber schon n 19,30 Uhr mußte die Polizei die Eingänge verren. Der große 15 000 Menschen fassende Saal war bis f den letzten Platz gefüllt. Viele Tausende mußten umkehren.

Als erste Rednerin nahm die sozialdemokratische Reichsagsabgeordnete, Frau Juchacz, das Wort, die mit Stolz feste, daß ohne die Eiserne Front die Republik längst zusammenbrochen wäre. Die heute im Nationalsozialismus die rettende ewegung zu sehen glaubten, seien während des Krieges noch inder gewesen. Die Faschisten sprächen von der „marxistischen Mordpest“, aber

**Ueberfälle auf Versammlungen und auf Einrichtungen der organisierten Arbeiterschaft, Mord und Totschlag gehörten in das Arsenal der Faschisten.**

ie Rednerin schloß mit einer Aufforderung an alle Männer und rauen, sich der Eisernen Front anzuschließen, damit im ahre 1932, dem Jahre der großen politischen Entscheidungen, e faschistische Gefahr wie Spreu im Winde auseinandergeweht erde.

Der sozialistische Abgeordnete der französischen Kammer, Paul Faure, gab einleitend der Ueberugung Ausdruck, daß in Deutschland die Eiserne Front siegen erde. (Tosender Beifall, immer wieder erneute Zustimmung.) edesmal, so fuhr Faure fort, wenn ich nach Deutschland komme, nd politische und wirtschaftliche Notzeiten. Ich habe damals im setzten Ruhrgebiet gesprochen. Ich spreche heute wieder zu den utschen Parteifreunden, wo die Regierungen um das ernste roblem der Reparationen verhandeln. Aber

**immer konnten wir französischen Sozialisten der deutschen Arbeiterschaft mit reinem Herzen und aus reinem Wollen die Hand reichen, weil wir keine Schuld am Kriege und seinen Folgeerscheinungen haben.**

**o wie das französische Proletariat gegen die Besetzung der Ruhr rotestierte, so fordert es heute, daß endlich die Frage der eparationen zu einem Abschluß gebracht wird, der es beiden ölkern ermöglicht, die Arbeitslosen hüben und drüben wieder die Fabriken zu bringen.** Der Weg des Friedens geht von erlin nach Paris und von Paris nach Berlin. Faure schloß: **in Sieg der Eisernen Front in Deutschland und Frankreich nicht nur ein Sieg des Friedens, sondern der Menschheit erhaupt.“**

Pietro Nenni (Italien) schildert das Elend in talien und schlußfolgerte daraus, daß, **wenn der Faschismus Deutschland triumphiere, sei es mit der Freiheit Europas Ende.**

Anschließend kam Reichstagspräsident Paul Löbe zu Wort, der ausführte:

In diesen Tagen ist **Herr Adolf Hitler von der Gruppe Nord-West zum Appell befohlen worden.** Die Bezeichnung Nord-West deutet daraufhin, daß dieser Gruppe auch Herr ahusen angehörte, der einst mit freigiebigen Händen e Nationalsozialisten unterstützte. **Der Appell hat bei geschlossenen alousien in Abwesenheit der Presse stattgefunden; denn Herr itler empfing Instruktionen, wie er den Sozialismus aufzufassen nd wie er die Arbeiter zu behandeln habe.** (Sehr richtig.) **Wenn err Goebbels im Sportpalast seine Phrasen ertönen läßt, dann arf „das Volk“ zuhören. Wenn aber Herr Hitler an der Ruhr der in Hamburg seine Befehle erhält, dann werden die Jalousien eruntergelassen** (Erneutes lebhaftes Sehr richtig!). Bei den merzlichen Zusammenstößen, die in den letzten Wochen und onaten die deutsche Oeffentlichkeit beschäftigten, hat man in er nationalsozialistischen Presse behauptet, daß die Republikaner nd Sozialisten, daß unsere Kameraden vom Reichsbanner die Mordbuben seien (Stürmische Pfuirufe in der ganzen Versammlung), die friedliche Nationalsozialisten überfallen (Erneute Rufe: Lüge, Lüge).

**Die 60jährige Geschichte der Sozialdemokratie und die gesamte sozialistische Literatur von Auer und Bebel und Liebknecht und Kant, beweisen, daß unser Streben niemals das Einschlagen, sondern immer das Erleuchten der Köpfe war.**

(Stürmischer anhaltender Beifall.) **Erst seit die Radikalen von rechts und links sich auf den Straßen betätigen, ist die Entartung zu verzeichnen, hat die Aera der Schlachten und Ueberfälle begonnen.** (Anhaltendes Sehr richtig!)

**Wenn Hitler sogar vor dem Reichsgericht vom Köpferollen spricht, wenn Strasser, Rosenberg, Frick und Stöhr immer wieder den gewaltsamen Tod ihrer Gegner verkünden, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn Anhänger von ihnen ihre Worte in die Tat umsetzen, wenn aber in der Notwehr auch gegen diese Anwender der Gewalt gleiche Mittel benutzt werden.** (Stürmische Zustimmung.) Hat gegenüber dieser Verhetzung die Republik, haben Schulen, Justiz und Presse immer ihre Pflicht getan? (Zurufe: Nein, Nein!) Lehrer verschweigen die Wahrheit, republikanisch gesinnte Professoren werden ohne Sühne angepöbelt. Ein Mann, wie der frühere Reichskanzler Marx, mußte sagen, daß er sich nicht mehr an deutsche Gerichte wende, weil er bei ihnen keinen Schutz zu finden glaube. Ein Goebbels aber benimmt sich vor Gericht wie ein rasender Roland, ohne daß der Richter augenblicklich die Courage findet, gegen ihn einzuschreiten. (Zuruf: Er heißt ja auch Ohnesorge). Ich möchte sehen, wie man in einem solchen Falle einen kommunistischen oder einen sozialdemokratischen Zeugen behandelte. **Wenn aber auch staatliche Organe versagen, wenn gewissen bürgerlichen Kreisen das Klappern ins Gebein kommt, dann wird das Proletariat dafür sorgen, daß trotz alledem das Dritte Reich nicht kommt.** (Stürmische minutenlange Zustimmung.)

Löbe schilderte sodann das Verhalten der 107 nationalsozialistischen Abgeordneten im Reichstag, die immer dann zu ihren lauten Worten nicht standen, wenn sie zu Taten schreiten sollten.

**Die proklamierte Enteignung der Bank- und Börsenfürsten wurde damit eingeleitet, daß die Nationalsozialisten den Aufsichtsrat der Internationalen Handelsbank, Dr. Scholz, als Reichstagspräsidenten präsentierten. Als es darum ging, die von den Nationalsozialisten in Plakaten verlangte Aufhebung der Young-Gesetze im Ausschuß zu beraten, da drückten sich ihre Vertreter. Ihr Ruf: „Weg mit den Bonzen!“ wurde dahin beantwortet, daß 33 nationalsozialistische Bonzen neu in den Reichstag zogen. Der Ruf: „Fort mit den Doppelverdienern!“ fand Erfüllung darin, daß 31 nationalsozialistische Doppelverdiener im Reichstag sitzen.**

(Anhaltende Entrüstungsrufe.) Unsere Pflicht ist es, bei solchem Versagen unseren verführten Klassengenossen die Augen zu öffnen. Daneben sind gewisse positive Maßnahmen zur Behebung **der Wirtschaftsnot unbedingt notwendig. Jetzt aber ist die Eiserne Front zu bilden.** Dem Reichsbanner, das mit einer Opferwilligkeit ohnegleichen Dörfer und Städte besucht, oft viele unter ihnen mit zerschlissenen Sohlen, haben sich die Arbeitersportler zugesellt, die wissen, daß unter der Herrschaft des Faschismus jede freie Körperkultur beendet ist und Drill und Kommiß wieder das Wort haben. (Stürmische Zustimmung.)

In allen Betrieben haben sich die Hammerschaften der Gewerkschaften gebildet, um dem Gegner ein „Hände weg vom Arbeitsrecht“ zuzurufen.

**Die Arbeiterschaft hat keine Angst vor Spießbürgern und abgetakelten Offizieren. Die Nationalsozialisten sollen nur kommen, je eher, desto besser. Wir sind bereit, sie zu empfangen.** (Stürmischer Beifall.)

# Belagerungszustand über Braunschweig

**Braunschweig, 27. Januar.** (Eig. Drahtbericht.)

**In der Stadt Braunschweig ist angesichts der am onnerstag vorgesehenen Beerdigung des von Nazis erschossenen eichsbannermannes Meier der kleine Belagerungsstand verhängt worden. Das Polizeipräsidium hat lgende Polizeiverordnung erlassen:**

**Das Stehenbleiben ohne erkenntlichen Grund, das müßige Auf- und Abgehen und jedes Ansammeln von Personen auf Straßen, Wegen und Plätzen oder an anderen öffentlichen Orten ist verboten. Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot werden mit Geldstrafen bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 6 Wochen bestraft, wenn nicht andere Gesetze ein höheres Strafmaß zulassen.**

Der Leiter des Polizeipräsidiums erklärte zu eser Verordnung, daß die Polizei bisher zwei Augen zugedrückt abe, daß aber in Zukunft mit den schärfsten Mitteln durchgriffen werden solle und die Schutzpolizei entsprechende Anweisung habe.

## Kein Abbau der Arbeitslosenversicherung

In der rechtsgerichteten bürgerlichen Presse wird behauptet, daß ein radikaler Umbau der Arbeitslosenversicherung geplant sei und durchgreifende Maßnahmen in kurzem zu erwarten seien. Diese Nachricht ist falsch. An einer Aenderung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung wird gegenwärtig weder im Reichsarbeitsministerium noch im Reichsfinanzministerium gearbeitet. Im Reichsarbeitsministerium ist lediglich eine Verordnung zur Vereinfachung der Arbeitslosenversicherung fertiggestellt, die jetzt dem Reichsrat zugegangen ist. Bei dieser Verordnung handelt es sich um organisatorische Maßnahmen, die aufgrund der Notverordnung vom 5. Juni 1931 getroffen werden und die den Vorstand der Reichsanstalt bereits im Dezember beschäftigt haben.

# Eine fette Stahlhelmlüge

## Schamlose Lügen, die auf dem schlesischen Stahlhelmtag verbreitet wurden

Auf der Führertagung des schlesischen Stahlhelms, die am Sonntag in Liegnitz stattfand, wartete einer der Redner mit der Lüge auf, daß wir nur 100 000 Soldaten, er über 117 000 Gerichtsvollzieher hätten. Die ugenbergpresse tat ihr übriges und verbreitete diese Lüge großen und fetten Ueberschriften. Jetzt stellt der tliche preußische Pressedienst fest, daß die Zahl der anmäßigen und außerplanmäßigen Gerichtsvollzieher in ganz reußen im Jahre 1931 insgesamt nur 2141 betragen t. Die übrigen 115 000 Gerichtsvollzieher existieren nur in r Phantasie der Stahlhelmhetzer und der ugenbergpresse.

## Frankreich finanziert andere Länder

Die französische Regierung hat am Mittwoch in Kammer einen Gesetzentwurf eingebracht, durch den s Schatzamt ermächtigt werden soll, der tschechoowakischen Regierung einen Vorschuß von Millionen Francs (fast 100 Millionen Mark) zu geren, der in fünf Jahren mit dem Ertrage einer in der chechoslowakei aufzulegenden Anleihe rückzahlbar ist. In der gründung des Entwurfes wird ausgeführt, daß dieser Vorschuß ie Geste der Solidarität gegenüber einem befreundeten Land stelle und daß ähnliche Vorschüsse an Ungarn, olen und Südslawien gegeben worden seien.

## Preußen und Reich vor der Einigung

Die Verhandlungen zwischen dem Reich und Preußen über den Ausgleich des preußischen Etats stehen unmittelbar vor dem Abschluß. Das Reich wird Preußen wahrscheinlich eine Summe von rund 50 Millionen Mark zur Verfügung stellen, für die Preußen bestimmte Verpflichtungen gegenüber dem Reich eingehen wird. Die Wiedereinzahlung der Rückzahlung des Kapitals der Preußenkasse an das Reich kommt jedoch nicht in Frage. Auch das Projekt der Schlachtsteuer, mit dem Nationalsozialisten und ihre Trabanten um Hugenberg nach wie vor gegen die preußische Regierung hausieren gehen, ist längst fallen gelassen worden.

## U-Boot M 2 noch nicht gefunden

Die englische Admiralität hat gestern um 1,45 Uhr nachmittags mitgeteilt, daß die Lage des M II noch nicht bekannt ist. Die Ehefrauen der Angehörigen der Besatzung des M II haben folgendes amtliche Telegramm erhalten: Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Ihr Mann vermißt wird, und wir befürchten, daß er im Unterseeboot M II, das wahrscheinlich vor Portland unterging, ums Leben gekommen ist.

# Aus der Umgebung

## Aufmarsch der „Eisernen Front“

**Am Sonntag, den 31. Januar, vormittags 10 Uhr, marschiert die Eiserne Front in Breslau zum ersten Male auf. In gewaltigen Kundgebungen im Konzerthaus und im Zirkus Busch soll die klassenbewußte Arbeiterschaft Groß-Breslaus und Umgegend zum Ausdruck bringen, daß sie der national „sozialistischen“ Mordpest ein Halt zu gebieten fest entschlossen ist.**

**Die Arbeiterschaft der näheren Umgebung von Breslau wird dringend empfohlen, an dieser Veranstaltung teilzunehmen. Klassengenossen! Es geht im Jahre 1932 um Sein oder Nichtsein der deutschen Arbeiterklasse.**

**Zeigt, daß die Landbevölkerung nicht den schlechtesten Kampf zu führen gewöhnt ist!**

**Zeigt, daß Ihr die Kämpfer gegen Faschismus, gegen Not und Elend, die Kämpfer für Freiheit und Recht seid.**

**Der Unterbezirksvorstand.**

**Brockau.** Gemeindevertretersitzung. Am kommenden Freitag findet 18,15 Uhr im Rathaus eine Gemeindevertretersitzung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Verpflichtung einer nachrückenden Gemeindeverordneten. 2. Rechnungslegung der Gemeinde-Sparkasse für 1930. 3. Aenderung der ortsstatutarischen Bestimmungen betreffend Anstellung der Polizeibeamten. 4. Erweiterung des Fürsorgeausschusses. 5. Herabsetzung des Mittelschulgeldes. 6. Gas- und Strompreise. 7. Mitteilungen. 8. Verschiedenes. 9. Geheime Sitzung. In der geheimen Sitzung soll das zu mehrfachen Beanstandungen Anlaß gebende Verhalten eines Brockauer Polizeibeamten zur Beratung kommen.

**Schmolz.** Seltsame SAP.-Werbung. Am vergangenen Sonntag hatte die hiesige Sozialdemokratie die Bevölkerung zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen. Dem Ruf waren fast sämtliche Arbeiter des Ortes und der Umgebung gefolgt, und Reichstagsabgeordneter Gen. Wendemuth verstand es außerordentlich gut, den Versammelten die Ursachen der kapitalistischen Weltkrise, sowie ihre Auswirkungen vor Augen zu führen. In der Diskussion meldete sich ein Herr Müller von der SAP. und erzählte ein wenig überheblich, daß er nicht den Kontakt mit den Arbeitern verloren habe, und am eigenen Leibe spüre, wie es den Arbeitslosen geht. Auch brüstete er sich seltsamerweise damit, daß er seit 1919 fünf mal das politische Hemd gewechselt hat, und ein ihm angebotenes Reichstagsmandat abgelehnt habe. Ein kommunistischer Redner ließ die übliche Wald- und Wiesen-Rede vom Stapel. Der Genosse Wendemuth fertigte beide im Schlußwort unter dem Gelächter der Versammlung gehörig ab, und ermahnte nochmal, es mit der Zersplitterung genug sein zu lassen. Nur die wahre Einheitsfront der Arbeiterschaft unter dem Banner der Sozialdemokratie werde den Faschismus zurückschlagen. Tosender Beifall lohnte dem Redner seine Ausführungen. Mit einem Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie fand die in glänzender Stimmung verlaufene Versammlung ihr Ende. Die Ortsgruppenleitung macht heute schon darauf aufmerksam, daß die nächste Mitgliederversammlung nicht am Dienstag, den 1. Februar, sondern am Mittwoch, den 10. Februar mit dem Gen. Stammer als Referenten, stattfindet.

**Domslau.** Erwerbslosenversammlung. Am Dienstag fand hier eine Erwerbslosenversammlung statt, die sehr gut besucht war. Genosse Schiffer wies auf die Auswirkung der letzten Notverordnung für die Arbeitslosen und auf die Verschlechterungen der Wohlfahrtsunterstützung im Landkreise Breslau hin, gegen welche sich die drei sozialdemokratischen Kreisausschußmitglieder ganz energisch gewehrt hätten. Ferner forderte Genosse Schiffer die Versammelten auf, die Sozialgesetzgebung bis zum Aeußersten zu verteidigen, damit sie nicht noch mehr verschlechtert werde. In der Diskussion meldete sich Genosse Kalletinz und unterstrich die Ausführungen des Genossen Schiffer. Auch Genosse Biewald vom Landarbeiterverband ergriff das Wort. Nach einem Schlußwort des Genossen Schiffer konnte die Versammlung gegen 13 Uhr vom Genossen Hampel geschlossen werden.

**Maltsch.** In der Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei Maltsch wurde der Geschäfts- und Kassenbericht gegeben und anschließend die Vorstandswahl vorgenommen, die folgendes Ergebnis hatte: Genosse Petzke, Vorsitzender, Genossin Wache, 1. Kassierer, Artur Seifert, 2. Kassierer und Genossin Göppert als Schriftführer gewählt. Zur Generalversammlung nach Breslau wurde Genosse Seifert delegiert. Bei Verschiedenen richtete Genosse Sprotte den Appell an die Versammlung den Konsumverein noch mehr als bisher zu unterstützen.

## Sozialdemokratische Partei

**Unterbezirk Breslau-Land, Neumarkt/Nimptsch**

Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170–174
Telephon 59266, 59041
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9–13 u. 15–18 Uhr

**Brockau.** Am Donnerstag, dem 28. Januar, bei Mende, 15 Uhr, öffentliche Erwerbslosenversammlung. Redner: Gen. Schiffer. Sämtliche Erwerbslosen auch aus der Umgegend sind eingeladen.

**Brockau.** Freitag, den 29. Januar, bei Mende, 20 Uhr, Frauenabend. Rednerin: Genossin Münz-Breslau. Keine Genossin darf fehlen.

**Protsch-Weide.** Freitag, den 29. Januar, bei Schneider, 20 Uhr, Generalversammlung. Redner: Genosse Schiffer. Niemand darf fehlen. Die Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

**Saaber.** Donnerstag, den 28. Januar, 20 Uhr, Generalversammlung. Redner: Genosse Stalz.

**Wangern.** Sonnabend, den 30. Januar, 20 Uhr, bei Rose Generalversammlung. Redner Genosse Schiffer.

**Borne.** Sonnabend, den 30. Januar, 20 Uhr, bei Wiesner Generalversammlung. Redner Genosse Fritsch.

**Zindel.** Sonntag, den 31. Januar, 15 Uhr, bei Schnalke öffentliche Versammlung. Redner Genosse Schiffer.

**Weischwitz.** Sonntag, den 31. Januar, 15 Uhr, spricht im Lokal Jaeschke die Reichstagsabgeordnete Genossin Ansorge. Sorgt für guten Besuch.

**Domslau.** Sonntag, den 31. Januar, 19 Uhr, findet bei uns eine öffentliche Versammlung bei Franke statt. Wir erwarten auch aus der Umgegend zahlreichen Besuch.

## Wasserstand

| | 28. 1. | 27. 1. | | 28. 1. | 27. 1. |
|---|---|---|---|---|---|
| Ratibor | 1,35 | 1,36 | Krakau (Unter-Pegel) | 2,56 | 2,58 |
| Neiße (Stadt) | — 0,60 | 0,58 | Oppenheim | 1,81 | 1,81 |
| Neißemünd (Unt.-Pegel) | 1,72 | 1,80 | Maximalpegel seit Anfang | 6,6 | 1,98 |
| Brieg (Mestenkrau) | 2,38 | 2,44 | Tageszunahme vom 27. 1. | 1,18 | 1,24 |
| Trieschen | 0,28 | 0,30 | Wasserwärme | +0,5° | |

## Geschäftliches

Der Osterhase an der Arbeit. [illegible] Der Osterhase in den 1500 Filialen von [illegible] Kaiserslautern aufgebaut. [illegible] wird sofort [illegible] Kaiserslautern Spezialitäten [illegible] Ueberraschung zu erreichen. [illegible] jeden Kunden [illegible]

**STADTTHEATER**

Donnerstag 20 bis gegen 22.45
Abonn.-Vorst. D 10

**Manon Lescaut**

Freitag 19.30 bis gegen 22
**Die Blume von Hawaii**

Samstag, 20 bis gegen 23
Abonn.-Vorst. G 10

**Der Vogelhändler**

**LOBETHEATER**

Täglich 20.15—22.35
**Mademoiselle Docteur**

Sonntag 15.30 — 17.45
**Wilhelm Tell**

**THALIATHEATER**

Täglich 20.15—22.15
**Das verfl... Geld**

---

**Masken-Aber**

Auswahl! Billig!
Bahnhofstr. 9, part. Tel. 59741

---

Gebr. eichenes
**Schlafzimmer**
billig zu verkaufen.
**S. Brandt & Co.**
Gartenstr. 65, I.
(neben Capitol)

---

**Arbeitshosen**

Maß und Reil durch Selbstanfertigung konkurrenzlos
von **4.50** bis **16 Mk.**
**Burgstraße 7, Krywalski.**

---

# Schauspielhaus

Fernruf 363 00
Sonntag, 8¼ Uhr
**Premiere**
Montag und täglich 8¼ Uhr:

# Casanova

Große Ausstattungs-Operetten-Revue
Musik von Johann Strauß

**Ausstattung: Professor Ernst Stern**

Szenische Leitung:
Direktor **Friedrich Burg**
Tänze:
Balletimeister **Kreidaweiß**
Musikalische Leitung:
Kapellmeister **Sommer**
Hauptdarsteller:
Damen: **Heindl — Harriehausen — Rüggold Boro — Salm — van Draax**
Herren: **Poremski — Kaliger — Mandsen Heitner — Wendler — Kurt**

Vorverkauf an der Theaterkasse sowie bei Barasch und Wertheim.

---

# Jahrhunderthalle

**Freitag, den 29. Januar, abends 8.15 Uhr.**

**Deutsche Hausschuhfabrik Meisterschaft**
im **Amateur-Boxen**

Zwischenrunde:

Amateur-Boxklub **Breslau**
gegen
Boxklub **Stettin**

**8 Kämpfe vom Fliegen- bis Schwergewicht.**
**Außerdem 2 Einladungskämpfe**
**Preise ab 75 Pfennige bis 3 Mark.**

Die Halle ist gut geheizt.

---

**Gesellschaftshaus Silesia, Neudorfstr. 54**

Heute Donnerstag: **Ball** • Herren u. Damen engagieren!

---

**Theodor Stolle's Gesellschaftshaus**

Breslau 24-Gräbschen | Fernruf 82824
**Heute Donnerstag,** sowie jeden Sonnabend
**TANZ**
Es spielen die 4 Jumping-Jaks
Da es immer an Damen fehlt, werden dieselben besonders hierdurch eingeladen.
Eintritt und Tanz frei!

---

# Pfänder-Versteigerung

Am 11. Februar 1932, vormittags von 9 Uhr ab, findet in unserem Versteigerungsraum

**Berliner Platz 2**

die öffentliche Versteigerung der nicht eingelösten Pfänder 265

**gelbe Scheine bis Nr. 10006**
**(Möbel, Fahrräder, Betten, Wäsche, Anzüge etc.)**

statt. Bietungskaution RM. 10.—. Ueberschüsse aus den versteigerten Pfandgegenständen können innerhalb eines Jahres im Wohlfahrtsamt Breslau abgeholt werden, andernfalls diese in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen.

Breslau, den 27. Januar 1932.

**Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.**
Schubert.

---

Fernsprecher 27737 u. 27739

Sofortige und zweckmäßige Ausführung aller Drucksachen preiswert in schwarzer Ausführung

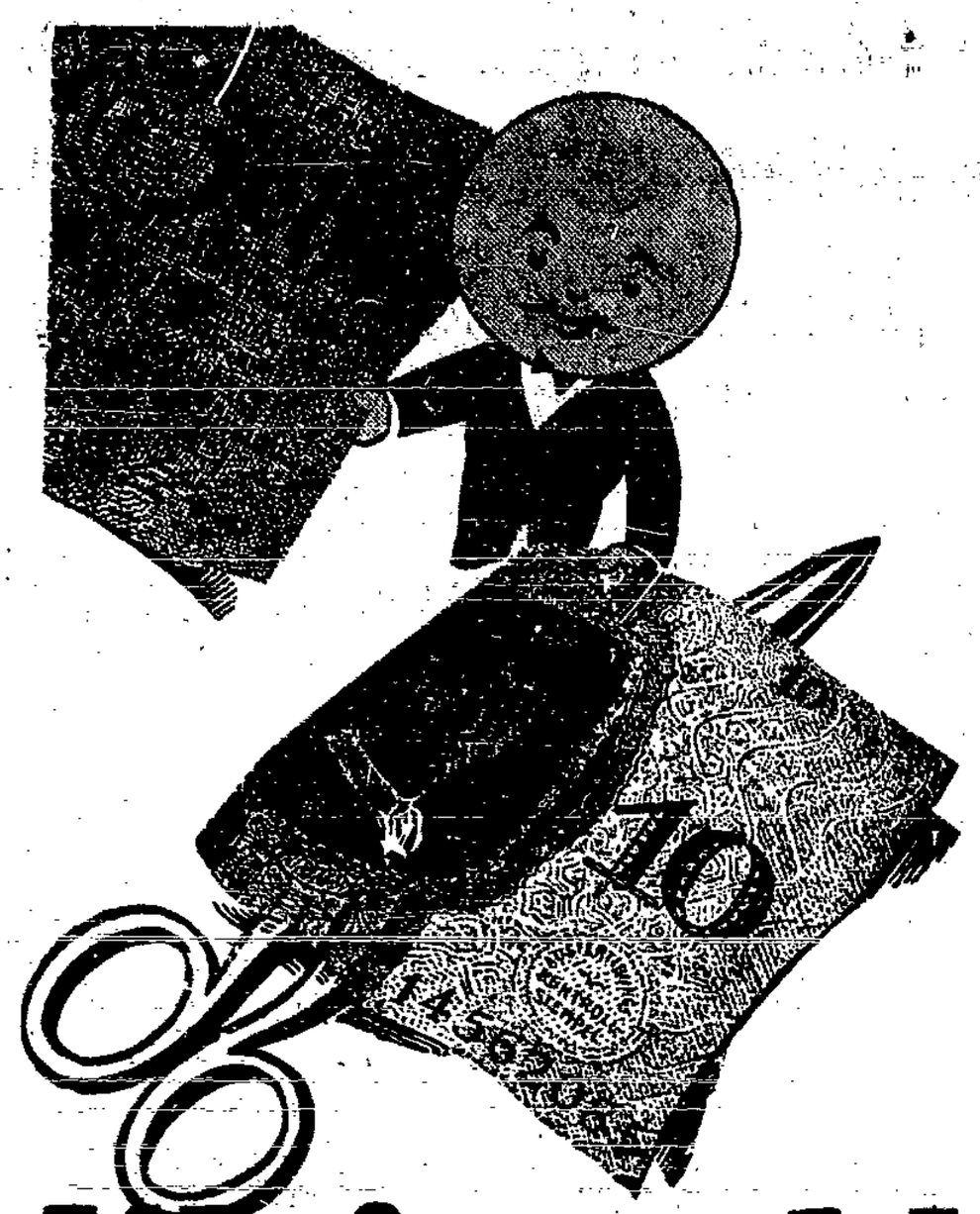
Druckerei
**VOLKSWACHT**
BRESLAU 2 — Herrenstraße Nr. 43

---

# Bettfedern

**Kaufen Bettenspezialhaus** [illegible]
bei der Schlesischen Bettfedern-Niederlage
**Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I Et.**
**Kein Laden!** 262

---



# Kleingeld genügt

| Damen-Strümpfe | Damen-Strümpfe | Herren-Socken |
|---|---|---|
| Weschkunstseide, plattiert, in guten Farben, Doppelsohle und Hochferse | reine Wolle mit regulärer Naht, schwarz und farbig, besonders preiswert | Woll-Jacquard, in guten Mustern |
| **58** Pfg. | **95** Pfg. | **68** Pfg. |

| Elegante Kleider | Mädchen-Kleider |
|---|---|
| für Straße und Nachmittag, aus Flamenga und Marocain, fesche lange Formen, vornehme Ausführung, Räumungspreise 28.50 | aus warmen Winterstoffen in verschiedenen Farben |
| **16.50** | **4.90** |

| Kleider-Schürze | Hauskittel | Wirtschafts-Kittel |
|---|---|---|
| Wickelform, ohne Arm, aus bleuterbigem Trachtenstoff, bunt garniert | mit langem Arm, aus gutem Zefir, mit bunten Besätzen | Wickelform, mit langem Arm, aus bleuterbigem Zefir modern garniert |
| **1.75** | **1.75** | **2.95** |

| Crêpe Marocain | Crêpe Georgette |
|---|---|
| 96 cm breit, gute, strapazierfähige Kunstseiden-Qualität, in großen modischen Farbenthemen, Meter | 96 cm breit, in reiner Seide und Kunstseide, schwarz, weiß und viele Modefarben Meter |
| **1.38** | **1.88** |

| Herren-Sport-Slipper | Kinder-Sweater | Damen-Westen |
|---|---|---|
| reine Wolle, modern, in modernen Farben | kräftige Qualität, praktische Farben, Größe 4–5 1.49 Größe 1–3 | mit Umlegekragen, gute Qualität, mit Jacquard-Bordüre |
| **1.65** | **95** Pf. | **3.45** |

# Tietz

## Abteilung auf

**INVENTUR-AUSVERKAUF**

---

**Dies Haus**
vom Keller bis zum Dach

**vollgestopft**
mit guten, richtigen Waren
die Sie jetzt zu den

**niedrigsten Inventur-Ausverkaufspreisen**

kaufen können.

Deshalb:

**Nicht lange warten**
**Hin zur Schmiedebrücke**
**Wir halten Wort!**

**MESSOW & WALDSCHMIDT G. m. b. H.**
Schmiedebrücke

---

# Der Wahre Jakob

Preis 25 Pf. | Preis 25 Pf.

Sozialdemokratisches Witzblatt
Zu haben in den Volkswacht-Buchhandlungen und bei den Zeitungsträgern

---

Wir gewähren während der
**Inventur-Ausverkäufe** auf
**Bettfedern**
(prima geschlissene Gänsefedern)
**und Inletts 10% Rabatt**
**Bettwäsche 15%**
**Bettfedernhaus Liebich**
**Nur Neue Taschenstraße 1b**
(Gehrägüber vom Alkazar)
Bettfederreinigung das Pfund nur 30 Pf.

---

**Lebensbilder**
erzählt von Willy Cohn
**August Bebel**
Mit einem Bildnis. 90 Pfennige.
Buchhandlungen Volkswacht, Breslau.

---

**Buchhandlung Volkswacht**
Modernes Antiquariat
Breslau 2, N. Graupenstr. 5

---

**Kaufgesuche**

Zahle höchste sofort gebrauchte
**Nähmaschinen**
Schnitzler, Gräbschenstr. 27 I.

---

**Verkäufe**

Futterhosen f. Herren, lederartig, statt 2.45, im Ausverkauf 1.25, Futterhemd 1.50 ganz schwere
Zwieschnitzer, Sonnenstr. 30.

---

**Ein Irrtum**
ist es, wenn Sie annehmen, **die kleine Anzeige**
habe nur in d. bürgerlichen oder sogenannten General-Anzeiger-Presse Erfolg.
**257 Otto-[illegible]**
folgen im April 1931 auf eine kleine Anzeige
**in der Volkswacht**
[illegible] Sie in der Volkswacht [illegible]
**Ihr Vorteil!**

Für die Redaktion verantwortlich: [illegible] — Für Anzeigen: Fritz Jeske. — Redaktion: Breslau 2, [illegible] — Druck: [illegible] — Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H. [illegible]

# Breslauer Nachrichten

## Hymne an das Dritte Reich

Nazi-Versammlungen, möglichst auf Stühlen und Tischen stehend, nach bekannter Melodie zu singen.

Im schönen Böhmerwald,
Aus seinem Heimatsort,
Zog Hitlers Lichtgestalt
In gelben Hosen fort!
Doch die Erinnerung an Räuber, Mord
und Brand
Nahm aus dem Böhmerwald er mit ins
deutsche Land!
Es war im Böhmerwald,
Wo Hitlers Wiege stand,
Im schönen, grünen Böhmerwald,
Im schönen Böhmerwald!

In München angelangt,
Dort, wo das Bier man braut,
Hat Hitler nicht geschwankt
Als Schüsse krachten laut!
Rang in den Rinnstein hin, rin in den
Pferdedreck
Hat er sich rasch gelegt, und später lief
er weg!
Das war im Bayerland,
Dort, wo das Bier man braut,
Im wunderschönen Bayerland,
Im schönen Bayerland!

Nun sehnt sich nach dem Thron
Im Dritten Deutschen Reich
Des Böhmerwaldes Sohn
Der Mann, dem keiner gleich.
Als Osaf wohnt er schon im großen
braunen Haus,
Und wünscht den Hindenburg bald aus
Berlin hinaus!
Am grünen Strand der Spree
Will er ins Kaiserschloß
Am schönen, grünen Strand der Spree,
Am grünen Strand der Spree.

Im schönen Böhmerwald,
Ein Denkmal wird gebaut,
Für Hitlers Lichtgestalt,
Aus Steinen, die man klaut,
Dort wo in Gräbern still manch toter
Jude ruht!
In rabenschwarzer Nacht regt sich hierzu
der Mut.
Im schönen Böhmerwald
Ein Denkmal wird gebaut,
Im schönen, grünen Böhmerwald,
Im schönen Böhmerwald!

Doch was im Böhmerwald
Sich Hitler einst geträumt,
Gewinnt nicht mehr Gestalt,
Er hat die Zeit versäumt!
Die Wipfel raunen es, wenn es im
Walde stürmt,
Wie seine Heldenschar ist vor dem Sieg
gestürmt!
Der Bleigeier kreist,
Das Heldenlied ist aus,
Ein schwarzer Rabe krächzt
Auf Hitlers schiefem Vaterhaus,
Auf Hitlers Vaterhaus!

Red.

## Für die Erhaltung der Breslauer Kunstakademie

### Eine Protestversammlung appelliert an die Regierung

Im Vortragssaal des Schlesischen Museums der bildenden Künste fand gestern abend eine vom Schlesischen Kunstverein, Schlesischen Museumsverein, Künstlerbund Schlesien und Kulturausschuß der Gesellschaft der Kunstfreunde einberufene Protestversammlung statt, die außerordentlich stark besucht war und an die Regierung appellierte, die beabsichtigte Schließung der Breslauer Kunstakademie nicht Wirklichkeit werden zu lassen.

Neben Museumsdirektor Wiese sprachen Professor Rosenstock, Professor Landsberger, ein Vertreter der Schülerschaft der Akademie und Professor Moll als Vertreter der Lehrerschaft der Akademie.

Die Redner kennzeichneten vor allem die Bedeutung der Akademie als Kulturträger, darüber hinaus wurde aber auch angedeutet, wie schwer besonders die Schülerschaft der Akademie betroffen würde. Professor Moll verlas eine Entschließung, die der Lehrkörper der Akademie an die zuständigen Stellen gerichtet hat. In ihr kam zum Ausdruck, daß eine zweckmäßige Reorganisation sicher die gleichen Einsparungen ermöglichen würde, wie sie die Regierung von der Schließung des Instituts erhofft.

Direktor Wiese appellierte zum Schluß nochmals an alle zuständigen Stellen, sich für die Erhaltung der Akademie einzusetzen.

## Rührendes Interesse

bekundet die SAP. für unsere Mitgliedschaft besonders in Zimpel. Wenn die Spalter einmal einen Gedanken haben, dann beeilen sie sich, diesen vor allem unseren Parteimitgliedern in Form von schlecht geschriebenen Flugblättern sofort zu übermitteln. Dabei kennen sie von Haus zu Haus, wie sie als ehemalige Mitglieder der SAD. nie gerannt sind.

Kann schon sein, daß August Siemsen, für die SAP. über Mutter, Kind und Sozialismus sprechen soll. Nur sind wir neugierig, wenn die SAP. denn eigentlich ihren bombastisch angekündigten Kampf gegen den Faschismus beginnen wird. Weit und breit ist bisher davon nichts zu bemerken. Kein Wunder auch, denn in Berlin haben die Führer der SAP. alle Hände voll zu tun, um sich möglichst auseinander zu einigen. Und das scheint das Einzige, worin sie erfolgreich sind. Allerdings ist es bei solcher „Einigkeit" dann eine mißliche Sache, andere zur „Einheitsfront" bekehren zu wollen. Schade um die Stiefelsohlen, die sich die Entlittermänner bei dieser Arbeit zerdrücken. Wir wünschen jedenfalls für die Zukunft durch sie unbelästigt zu bleiben.

# Skandal um die Siedlungsgesellschaft

### Merkwürdige Dementis des Städtischen Presseamtes — Der „Urlaub" des Herrn Friedländer und die wahren Gründe hierfür — Auch Herr Stadtverordneter Behringer wird gehen müssen — Wofür erhielt der fristlos entlassene Direktor 25 000 Mark — Die Wochenpresse wurde auch von dieser Seite bestochen

Eine Breslauer Zeitung veröffentlichte dieser Tage die Nachricht über eine Beurlaubung des Magistratsrats Dr. Friedländer in seiner Eigenschaft als geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Siedlungsgesellschaft Breslau AG.

Hierzu teilt uns das Städtische Presseamt mit, daß diese Mitteilung an und für sich richtig ist, daß aber keinerlei Anlaß vorliegt, die Angelegenheit zu einer Sensation zu machen. Tatsache ist, daß die Angriffe, die in letzter Zeit — oftmals von unverantwortlicher Seite — gegen die Geschäftsführung der Siedlungsgesellschaft Breslau AG. erhoben worden sind, es dem Vorstande haben geraten erscheinen lassen, eine genaue Nachprüfung der Verhältnisse durch eine, mit der Stadt in keinerlei Verbindung stehende Revisionsgesellschaft vornehmen zu lassen. Tatsache ist ferner, daß Magistratsrat Dr. Friedländer für die Dauer dieser Nachprüfung sich selbst einen Urlaub erbeten hat, um auch den Anschein zu vermeiden, als wolle oder könne er in den Gang der Nachprüfung irgendwie eingreifen. Alle übrigen mehr oder weniger dunklen Andeutungen dieser Zeitung müssen auf das schärfste zurückgewiesen werden. Sie richten sich schon dadurch von selbst, daß, wie dieses Blatt es selbst berichtet, Dr. Friedländer sein Amt als Magistratsrat nach wie vor weiter ausübt.

* * *

So lautet das reichlichst harmlos klingende Urteil des Städtischen Presseamtes in dieser Angelegenheit. Die Aufgaben eines behördlichen Pressamtes sehen wir nicht allein darin, daß wie z. B. in diesem Falle eine Art beglaubigte Berichtigung an die Presse herausgegeben wird, sondern daß die Presse über solche Vorfälle eben durch eine solche Stelle in objektiver Weise berichtet wird, ehe Skandalberichte auftauchen. Nun aber zu dem Dementi selbst. Wir lehnen eine solche Art der Entgegnung, die wir bisher in besonderem Maße vom Reichswehrministerium erfahren haben, von unserer Städtischen Pressestelle ganz entschieden ab. Wenn man dem Städtischen Presseamt und einer dem Magistrat sehr nahestehenden bürgerlichen Morgenzeitung Glauben schenken würde, dann wäre alles in schönster Ordnung und nur böswillige Verleumdung hätte dies „selbst gewollte" Beurlaubung Friedländeers verursacht. Tatsächlich aber hat sich Herr Friedländer eine Reihe von schwerwiegenden Vergehen und Unterlassung schuldig gemacht, daß er kaum auf diesen Posten zurückkehren dürfte. Wir hatten bisher noch immer gehofft, daß von der Siedlungs-A.-G. selber versucht werden würde, einmal energisch nach dem Rechten zu sehen und aus diesem Grunde mit unserem Wissen um manche Dinge noch zurückgehalten. Diese Art aber, wie von der Stadt aus durch das Städtische Presseamt diese Dinge nun behandelt werden, zwingt uns deutlicher zu werden.

Wir werden nun nicht mehr abwarten, was in Zukunft dem Städtischen Presseamt erlaubt wird, mitzuteilen, sondern verlangen klipp und klar von dieser Stelle Auskunft über folgende Fragen.

**Ist es wahr, daß über eine große Zahl von Baukostenzuschüsse, die von den Mietern abgefordert wurden, keine Buchungsbelege vorhanden sind.**

Bei dem immerhin recht umfangreichen Personal der Siedlungs-Gesellschaft ist irgendwelches „Versehen" kaum denkbar. Wir fordern daher klare Auskunft wo diese nicht unbeträchtlichen Summen geblieben sind.

**Ist es wahr, daß der für diese Vorgänge hauptverantwortliche Herr Friedländer, als diese Dinge anfingen bekannt zu werden, die Wochenpresse mit der runden Summe von 800 Mark bestochen hat?**

Ist es wahr, daß diese Bestechungsgelder zunächst einmal aus der Kasse der Siedlungsgesellschaft genommen wurden, daß sie dann von einem Bauunternehmer zurückgezahlt worden sind und daß dieser Bauunternehmer daraufhin mit guten Aufträgen bedacht wurde, so unter anderem die Wohnungen des Herrn Friedländers und seiner Verwandten (auf welche Kosten?) instand setzen durfte.

**Ist es wahr, daß der unlängst fristlos entlassene Direktor Piecha trotz der triftigen Gründe, die zu seiner fristlosen Entlassung führten, 25 000 Mark Abfindung erhielt, daß außerdem dieser Herr von der Gesellschaft, die seine Entlassung veranlaßt hat, mit Aufträgen bedacht wurde, so daß er sich jetzt weit besser als vordem stehen dürfte?**

**Ist es wahr, daß der deutschvolksparteiliche Stadtverordnete Behringer als Verwalter dieser Gesellschaft eingezogene Mieten von über 10 000 Mark nicht abgeführt hat** und später erst einen kleinen Teil dieser Summe zurückerstattet hat, daß trotz dieser Angelegenheit dafür gesorgt wurde, daß Herr Behringer mit städtischen Aufträgen bedacht wurde.

Wir wollen uns vorläufig auf diese Fragen beschränken und werden, wenn es notwendig sein sollte, noch weitere stellen. Wir hoffen, daß auch hier Herr v. Hoerner mit der gleichen Eilfertigkeit wie er seine Dementis der Presse weitergibt, auch die Beantwortung dieser Fragen durchgehen wird.

Darüber hinaus fordern wir, daß hier recht bald nach dem Rechten bei der Siedlungs-A.-G. gesehen wird. Die Revision durch die Dewog ist Gewähr, daß hier rücksichtslos vorgegangen wird. Wir haben keinerlei Anlaß, aus Vergehen einzelner Verantwortlicher eine große Aktion zu machen. Aber die Siedlungsgesellschaft ist nun einmal die größte Baugesellschaft hier in Breslau und durch die Betreuung vieler Tausender Mieter in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gestellt. Gerade in den Mieterkreisen herrscht — nicht nur durch den Mieterstreit — eine verständliche Verbitterung, zumal man hier oft mit einer Rücksichtslosigkeit vorgeht, die nach einer anderen Seite hin weit eher am Platze wäre. Wir fordern auch, daß der Aufsichtsrat hier mit der notwendigen Energie vorgeht.

## Wir schließen die Reihen! Wir greifen an!

Genosse Dr. Stammer (langjähriger Bildungs-Sekretär in der Arbeiterbewegung Oesterreichs) spricht am **Donnerstag, 4. Februar, 20 Uhr,** in der

**Kundgebung**

**der arbeitenden Jugend,** im Saal des Gewerkschaftshauses, Margaretenstr. 17.

**Revuebilder „Rote Blusen" :: Musikgruppe des Z.d.A.**
**Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten**
**Helferkreis der Arbeiterkinderfreunde**
**Naturfreunde-Jugend**
**Reichsbannerjugend „Schwarz-Rot-Gold"**
**Sozialistische Arbeiterjugend**
**Sozialistische Studentenschaft**

## Die Spalter in Nöten

Eckstein und seine Breslauer Freunde sehen sich in ihren Hoffnungen bitter enttäuscht. Die Massen sind diesen Worthelden nicht gefolgt und manch einem Abtrünnigen ist inzwischen die Ernüchterung gekommen. In ihrer Verzweiflung versuchen sie daher, neuen Boden zu gewinnen. Heut Nachmittag rufen sie bereits die Angehörigen des Baugewerbes zu einer öffentlichen Versammlung auf, um ihnen die einzig mögliche Patentlösung der SAP., aus den wirtschaftlichen Nöten herauszukommen, zu empfehlen. Die Frucht solcher Arbeit kann nur eine weitere Schwächung der Arbeiterschaft sein.

Die Breslauer Arbeiterschaft und insbesondere die Bauarbeiter, werden gut tun, an die wenigen Taten zu denken, die die SAP. bisher vollbracht hat:

1. Zersplitterung der größten Arbeiterpartei Deutschlands;
2. Unwahre und kreditschädigende Angriffe auf das wichtige Finanz-Institut der Arbeiterschaft, die Arbeiter-Bank;
3. Die Hilfsstellung bei der Wahl eines deutschnationalen Stadtverordnetenvorstehers an Stelle eines Sozialdemokraten.

Die SAP. samt Eckstein und Genossen ist auf Grund ihrer bisherigen Taten schon gerichtet. Alle ernsten Arbeiterkämpfer seien daher vor ihr und besonders vor ihren Worten gewarnt.

# Die Jahresarbeit der Breslauer Parteiorganisation

## Geschäftsbericht der Sozialdemokratischen Partei Groß-Breslau für das Jahr 1931

II.

## Bibliothek

Die Benutzung der Arbeiter-Zentral-Bibliothek hat auch im Jahre 1931 gegenüber dem Vorjahre einen bedeutenden Aufschwung genommen. Es ließen sich im Laufe des Jahres 3 794 Leser einschreiben, die sich auf folgende Verbände verteilen. — Metallarbeiter 701, Gesamtverband 479, Bauarbeiter 356, Sozialdemokratische Partei 343, Angestellte 342, Bekleidungsarbeiter 227, Holzarbeiter 224, Kinder und Jugendliche 201, Eisenbahner 145, Buchdrucker 144, Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter 101, Maler 79, Fabrikarbeiter 68, Textilarbeiter 42, Sattler 52, Zimmerer 48, Techn. Angestellte 28, Tabakarbeiter 26, Kleine Verbände 192. Ausgeliehen wurden Bände in den Jahren:

| 1931 | 1930 | 1929 | 1928 | 1927 |
|---|---|---|---|---|
| 99 500 | 82 423 | 51 611 | 44 255 | 42 365 |

Diese Zahlen zeigen wie mit steigender Arbeitslosigkeit der Besuch in der Arbeiter-Zentral-Bibliothek zunimmt. Auf die einzelnen Wissensgebiete verteilt wurden in den letzten beiden Jahren entliehen:

| | 1931 | 1930 |
|---|---|---|
| Geschichte und Lebensbeschreibungen | 10 569 | 7 599 |
| Naturwissenschaften | 6 964 | 5 455 |
| Reisen, Länder- und Völkerkunde | 10 824 | 7 522 |
| Rechts- und Staatswissenschaften | 346 | 294 |
| Gesellschaftswissenschaft und Sozialismus | 6 206 | 4 263 |
| Technik | 1 444 | 947 |
| Philosophie und Erziehung | 1 196 | 1 120 |
| Sport | 322 | 192 |
| Kunst, Musik, Literaturgeschichte | 1 543 | 754 |
| Jugendliteratur belehrend | 2 966 | 2 556 |
| Romane, Erzählungen, Gedichte | 57 120 | 50 583 |

Von Büchern und Autoren die am meisten verlangt werden nur einige folgende: Zola, 2 585, Sinclair 2 612, Traven 2 368, Jack London 2 440, Rezö 805, Gorki 1 878, Wells Weltgeschichte 588, Abfenow Pfaffenherrschaft 792, Franz Mehring Werke 614, Istratti, Rußland nackt und Weichmann, Alltag in Sowjetrußland 812, Renni, Todeskampf der Freiheit 1 [illegible], SPD.-Programm 372. An Bänden wurden seit Gründung der Bibliothek im Jahre 1919 eingestellt 15 878 Exemplare.

Ausgeschieden als Makulatur, weil zerrissen, zerlesen, 4 100, bleibt ein Bestand von 11 778 Bänden am Ende des Jahres 1931. In Verlust geraten, trotz größter Sorgfalt in Einnahme und Einhalen bei säumigen Lesern 15 Bände. Die stärkste Ausleihe an einem Tage betrug 616 Bände im Monat Februar. Zu bemerken ist, daß im letzten Jahre die belehrende Literatur in bedeutend höherem Maße verlangt wurde als früher. Es entfielen auf die belehrende Literatur 42,6 Prozent, Unterhaltung 57,4 Prozent. Zum größten Teil ist es zurückzuführen auf die verschiedenen Kurse und Referate in der Partei, der Betriebsrätekursus, der Volkshochschule und ebenfalls auf die Vorträge im Rundfunk. Die Gebiete, Geschichte, Reisen, Länder- und Völkerkunde, wurden auch in diesem Jahr sehr stark benutzt. Die Reisebeschreibungen sind dauernd unterwegs, so daß dieses Gebiet durch Neuanschaffungen ergänzt werden muß. Aber auch die Fächer Naturwissenschaften, Gesellschaftswissenschaften und Sozialismus wurden in einem nie erreichten Maße in Anspruch genommen. Gerade diese Gebiete sind für die Arbeiterschaft die wichtigsten und es wäre zu wünschen, daß die Benutzung dieser Bücher an die erste Stelle rückte. Bei der notwendigen Reorganisierung der Bibliothek wurden alte und verschmutzte Bücher ausgeschieden und durch neue zeitgemäßere ergänzt. Damit hat der Ausbau der Bibliothek einen tüchtigen Schritt vorwärts getan. Trotzdem konnten immer noch nicht alle Wünsche der Leser erfüllt werden, weil die wirtschaftlichen Verhältnisse z. zt. die denkbar ungünstigsten sind um größere Mittel für Neuanschaffungen zu erhalten. Auch die Einführung einer Lesegebühr kann an dieser Tatsache nicht viel ändern, weil die Abnutzung der Bücher eine viel zu große ist. Die Pflege und Erhaltung unserer Einrichtung erfordert in Zukunft mehr Liebe und Wertschätzung der entliehenen Bände. Die oft sehr teuren Bücher müssen mehr als bisher schonender behandelt und pünktlich wieder abgeliefert werden. Dadurch wird das Gedeihen der Bücherei gefördert und die in letzter Zeit viel zu starke Abnutzung der Bücher auf ein Mindestmaß reduziert. Wenn im neuen Jahr die Geldquellen nicht versiegen, die uns bisher zum Ausbau der Bibliothek zur Verfügung standen, werden weitere Fortschritte unserer wichtigsten Bildungsarbeit nicht ausbleiben.

## Die Jugend berichtet

### Bericht der Arbeitsgemeinschaft Junger Sozialdemokraten

Einer der Hauptherde der Spalter war die „jungsozialistische Bewegung". Nach der Spaltung war es notwendig, alle die jüngeren Genossen zu erfassen und der Partei dienstbar zu machen, die über den Rahmen der eigentlichen Parteiorganisation hinaus Organisations- und Bildungsarbeit leisten wollten. Deshalb wurde, dem Beschluß des Leipziger Parteitages folgend, in Breslau Anfang Oktober dieses Jahres eine Arbeitsgemeinschaft „Junger Sozialdemokraten" gegründet. Am 27. Oktober fand eine Werbefeier statt, die von Musikvorträgen und Rezitationen umrahmt, einen Vortrag des Genossen Dr. Stammer brachte über das Thema: „Erlebnis und intensive Arbeiterbildung." Der Erfolg dieser Werbefeier war, daß 50 junge Genossinnen und Genossen ihren Beitritt zu unserer Arbeitsgemeinschaft erklärten. Diese Zahl konnte im Verlauf der nächsten Zeit gesteigert werden, so daß die Gruppe am Jahresschluß auf die stattliche Zahl von fast 100 jungen Genossen und Genossinnen angewachsen ist, bis, das ist der große Vorteil, nicht nur Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft sind, sondern sich rege an allen Veranstaltungen beteiligen. Freilich erscheint die Zahl noch sehr gering, aber die Gruppe wendet alle Mittel und Möglichkeiten an, um die abgesteckte Zahl ihrer Mitglieder zu erweitern. So wurden öffentliche Versammlungen, Morgenfeiern und die Veranstaltungen im Gewerkschaftshaus-Kino dazu benutzt, um durch Plakat, Flugblatt und Lichtbildreklame auf unsere Gruppe hinzuweisen. Das Mitgliederblatt erscheint sich auf Zehnmeterwände, die vierzehntägig [illegible] werden, wo Fragen über die verschiedensten Gebiete behandelt und debattiert werden, z. B. Wirtschaftsfragen, Gewerkschaftspolitik, Kulturpolitik, Verfassungsfragen, Rechtsfragen und vor allen Dingen aktuelle tagespolitische Fragen. Ehrenpflicht aller Mitglieder der Gruppe ist es, sich der örtlichen Parteileitung zur Verfügung zu stellen und mit größter Aktivität in der Partei mitzuarbeiten. Eine Spielgruppe, die den Zweck hat, zur Ausgestaltung von Feiern und Festen beizutragen, aber bei Fahrten durch kleine Szenen mitzuwirken, wurde gebildet und bewährte sich in der Jahresschlußfeier. Die mit der Arbeiterjugend, der Gewerkschaftsjugend und der Jugendgruppe durchgeführt wurde, sehr gut. Das Arbeitsgebiet der Gruppe wird sich im kommenden Jahre wesentlich erweitern, da nur ja die Macht der Nationalsozialisten und die Parteien zum gleichen Landtage haben, so mit in alle Kräfte anspannen müssen, um uns gegen den Ansturm der Reaktion zur Wehr zu setzen. Dankbar sei erwähnt, daß der Bezirksvorstand wie auch die örtliche Parteileitung dem Betreuer der Arbeitsgemeinschaft [illegible]

### Tätigkeitsbericht der Arbeiterjugend im Jahre 1931

War in den vergangenen Jahren der Beginn der Krise der Hemmschuh für die rasche Entwicklung unserer Bewegung, so ist dieser Einwand für das Jahr 1931 stärker zu werten, als je zuvor. Dazu kommt, daß innere Kämpfe die Jugendorganisation in Breslau in der Arbeit stark zurückwarfen. Dessen ungeachtet ist aber von jedem einzelnen Funktionär ungeheure Arbeit geleistet worden, ohne deren Aktivität die Organisation jetzt nicht hätte so dastehen können. Jede Gruppe, wir hatten vor der Spaltung in fast jedem Stadtteil ein Heim, führte in jeder Woche neben aller Unterhaltung regelmäßig einen Vortragsabend durch.

**So haben wir im Jahre 1931 = 1137 Bildungsabende veranstaltet, die von 43 910 Jugendlichen besucht waren. Daneben wurde zur Ergänzung der Arbeit eine ausgedehnte Funktionärschulung (27 Abende = 1080 Jugendliche) ausgeführt.**

Außerdem ist es uns gelungen, in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft uns Geltung zu verschaffen. Das beweisen die öffentlichen Veranstaltungen am besten.

#### Der Abschluß des Jahres 1931

durch die Jahreswendfeier wurde für 600 Teilnehmer zu einem Erlebnis. Durch die Revue der „Roten Blusen" wurde wirkungsvoll bewiesen, daß derartige Anlässe für die sozialistische Jugend etwas anderes sein sollen, als der bürgerliche Silvesterrummel. Auf dem Gebiete der Festgestaltung war die Arbeiterjugend besonders erfolgreich, indem sie den Sprechbewegungschor und den proletarischen Tanz in die Festgestaltung einbezog. Eine Gedenkstunde für die Gefallenen der Revolution gestaltete die Tanzgruppe Otto Zimmermann aus. Dieser Erfolg veranlaßte uns, Otto Zimmermann noch öfters zur Ausgestaltung von Feierstunden heranzuziehen. Ein politisches Nachtkabarett im kleinen Saal und einige Wochen später ein Fastnachtskabarett im großen Saal des Gewerkschaftshauses fanden eine gute Aufnahme bei der zahlreichen Besucherschaft.

Der Weltfeiertag fand die Arbeiterjugend auf ihrem Posten. Durch die aktivste Mitwirkung bei dem Sprechbewegungschor der Sozialistischen Jugend Breslau konnte das große proletarische Werk „Kreuzzug der Maschine" in der Jahrhunderthalle aufgeführt werden. Wer das Massenerlebnis der vielen Tausend damals gespürt hat, weiß, daß diese Arbeit der Jugendlichen vorbildlich war. Der Höhepunkt all unserer Arbeit war der

#### Bezirksjugendtag,

der Pfingsten in Breslau stattfand. Breslauer Arbeiterjugend versuchte alles, um den Genossen aus der Provinz die Tage zu einem unvergeßlichen Erlebnis zu machen. Der neue Weg der Festkultur wurde auch hier beschritten, indem eine Gedenkveranstaltung im Konzerthaus nur von dem lebendigen Sprechbewegungschor ausgestaltet wurde. Das Programm des gesamten Jugendtages wies aber noch eine Morgenfeier, Filmveranstaltung, die Festrede des Genossen Löbe und den disziplinierten Zug der 2000 Teilnehmer nach der Messewiese auf, auf der die Zeltlagerstadt errichtet war. Noch nie hat Breslau einen eindrucksvollen Jugendzug gesehen.

Kurze Zeit danach mußte die Sonnenwendfeier vorbereitet werden. Der Sprechbewegungschor und die Tanzgruppe Otto Zimmermann wirkten wiederum mit. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war fast ausverkauft. Neben all den vielen Fahrten der Gruppen wurde besonders die jüngere Arbeit in den Roten-Falken-Gruppen betrieben. Einige kleine und zwei große Lager sind der Beweis dafür.

Jetzt setzte die Agitation für unseren 6. Reichsjugendtag in Frankfurt a. M. ein. Aber nur wenige konnten teilnehmen und diese kamen auch nur zu Fuß oder mit dem Rad nach Frankfurt a. M. Und währenddem einige noch auf der Rückkehr oder erst kurze Zeit in Breslau waren und der Aufmarsch von 20 000 Jugendlichen und die Begeisterung der Massen noch frisch in Erinnerung stand, und die Stärke der sozialistischen Bewegung vor Augen hatten,

#### vollzog sich in Breslau die Spaltung.

Leider ist dadurch die Bewegung geschwächt worden. Aber ununterbrochen vernichten konnte man uns nicht. Drei Gruppen nahmen sofort wieder die Arbeit auf. Jetzt haben wir bereits wieder sechs Gruppen tätig, die die Hälfte der alten Mitgliederzahl der vorigen Ortsgruppe erreicht haben. Wenn auch durch das Ausscheiden des größten Teiles der Funktionäre die Arbeit erschwert wird, so hoffen wir doch, recht bald in alter Stärke dazustehen, um zu zeigen, daß die sozialdemokratische Bewegung noch so viel Energie entwickelt, daß auch in den gefährlichsten Orten wie Breslau, die Jugend mit voller Begeisterung zu ihr stößt. Die Partei stirbt nicht aus, das versprechen wir, euch Genossinnen und Genossen!

## Die Arbeit der Kinderfreunde

Es ist uns infolge der auch die Arbeiterkinderfreunde betroffenen Spaltung nicht möglich, in diesem Jahre einen vollständig abgeschlossenen Bericht zu geben, weil uns ein Teil der notwendigen Unterlagen fehlen.

#### Mitgliederzahlen:

Auch bei uns hatte es nach der Spaltung den Anschein, als ob der größte Teil der Mitglieder von uns gegangen wäre. Diese Vermutung hat sich nicht erfüllt. Die überwältigende Mehrheit ist unserer Organisation treu geblieben.

Bis zur Spaltung führten wir unsere Arbeit in zirka 40 Gruppen mit je 25 Kindern durch. Durchschnittlich kommt jede Gruppe zweimal in der Woche zu Gruppenveranstaltungen zusammen. Bis Ende September 1931 wären demnach in 3200 Veranstaltungen zirka 80 000 Kinder erfaßt worden. Nach der Absplitterung des zur SAP. übergegangenen Teiles unserer Mitglieder arbeiten wir in der gleichen Weise in zirka 30 Gruppen, so daß wir in den letzten 10 Wochen des Jahres 1931 bei geregeltem Gruppenbetrieb in 600 Veranstaltungen zirka 15 000 Kinder erfaßt haben.

**Rechnet man noch alle die großen Veranstaltungen, bei welchen unsere Falken mitwirkten, so haben 1931 weit über 100 000 Falken unsere Veranstaltungen besucht.**

Die Zahl der eingeschriebenen Helfer betrug früher 66, von welchen der größte Teil zur SAP. übergegangen ist. Der neu ergänzte Helferkreis hat wieder erfreulicherweise die gleiche Stärke erfahren.

#### Besondere Veranstaltungen:

Zunächst sei einmal festgestellt, daß es wohl kaum eine außerordentliche Veranstaltung gegeben hat, bei der unsere Falken nicht dabei gewesen wären, so fehlten sie auch weder am 1. Mai noch am Frauentag im September. Ebenso beteiligten wir uns bei Veranstaltungen der Arbeitersportler, so auch am Rast und am Weltkindertag.

Eine besondere Aufgabe hatten wir uns mit der Aufführung „Hans Urian geht nach Brot" gesetzt, die so starken Anklang fand, daß sie im Juni noch einmal wiederholt werden mußte. Eine noch stärkere Kraftprobe war aber für uns, die Durchführung der schon vor der Spaltung auf den 13. Dezember festgesetzten Zehn-Jahrfeier. Gerade weil wir noch mitten in der Wiederaufbauarbeit steckten und ein großer Teil unserer Helfer erst in unsere Arbeit hineinwachsen mußten, freut es uns doppelt, daß wir diese uns selbst gestellte Probe bestanden haben.

Nicht der geringste Teil unseres Schaffens konzentrierte sich auf die Zeltarbeit.

**Als Vorbereitung zum großen Zeltlager galt das Pfingstlager in Johannisberg, das vier Tage dauerte und zirka 250 Teilnehmer aufwies, also rund 1000 Ferientage. In das Harzlager konnten wir 151 Teilnehmer je 28 Tage = 4228 Ferientage schicken, während sich ins Lamsdorflager 121 beteiligten, die dort 1694 Ferientage verlebten. Diese 6922 Ferientage vermehren sich noch um zirka 1500, also auf 8500, durch die während der großen Ferien in unserem Heim in Herrnprotsch untergebrachten Kinder.**

Diese Zahlen würden sich wahrscheinlich mehr als verdoppeln, wenn man alle die Wochenendwanderungen und Zeltfahrten mit hinzurechnen würde, zu welchen uns infolge der besonderen Verhältnisse die Unterlagen fehlen.

#### Finanzierung

Ein vollständiger Ueberblick über die Finanzierung unserer Arbeit kann nicht gegeben werden, weil der Kassierer mit Kasse und Unterlagen ins andere Lager abgewandert ist. Einige Zahlen dürften jedoch von allgemeinem Interesse sein.

Die Gesamtunkosten für die 151 Teilnehmer am Harzlager betrugen 7550 Mark. Davon sind durch Eltern und Helfer 5837,40 Mark aufgebracht worden, während die Restsumme von 1712,60 Mark Zuschüssen von Krankenkassen, Behörden und aus Sammelerträgen besteht. Das Lamsdorflager beanspruchte für 121 Personen 2636,90 Mark. Davon zahlten die Eltern 1827,90 Mark, während 809 Mark wieder wie vorerwähnt Zuschüsse von dritter Stelle sind. Den hier bleibenden Kindern konnte aus den Erträgnissen der Sammlungen 575 Mark zur Verfügung gestellt werden, wodurch den Abteilungen die Veranstaltungen einiger schöner Ferientage ermöglicht wurde. Aus vorstehendem ist zu ersehen, daß allein die großen Ferien-Veranstaltungen im vergangenen Jahr 10 761,90 Mark beansprucht haben.

Wie ist unser Vermögensbestand nun heute? In einer Reihe von Abteilungen haben die Spalter sämtliches Spiel-, Arbeits- und Wandermaterial mitgenommen. Dank sei sich in dieser Notzeit aufs glänzendste bewährten Opferwilligkeit unserer Genossen haben wir den Verlust des Spiel- und Bastelmaterials schon verschmerzt. Wir hoffen, daß der Rechtsstreit um unsere Zelte im Frühjahr auch zu unseren Gunsten entschieden wird.

#### Helferschulung:

Die bisher geübte Praxis, daß die Helfer wöchentlich einmal zu Schulungsabenden u. a. zusammenkommen, haben wir beibehalten, suchen aber auch noch in Zwischenräumen von wenigen Wochen in längeren Kursen unseren Helfern alles Rüstzeug zu verschaffen, das sie in ihrer Arbeit benötigen.

#### Die Elternversammlungen

finden in regelmäßigen Zwischenräumen statt und sollen mithelfen dazu beitragen, die Verbindung zwischen Eltern, Helfern und Kindern zu einer immer innigeren zu machen.

Die Fortentwicklung unserer Ortsgruppe ist durchaus zufriedenstellend. Wir haben jede Woche eine Reihe von Neuaufnahmen zu verzeichnen und hoffen, daß es unserem gemeinsamen Zusammenwirken gelingen wird, die durch die Spaltung entstandenen Lücken bald wieder auszufüllen.

## Die Tätigkeit der Stadtverordnetenfraktion

Je weniger Sozialdemokraten in den Parlamenten, um so schlimmer die Lage der breiten Volksmassen. Und die Demokratie wird zur Karikatur, wenn ein Volk sich ihrer nicht richtig zu bedienen weiß. Unter dem Rückgang des sozialdemokratischen Einflusses, den die letzten Wahlen in Reich und Gemeinden gebracht haben, leidet das Volk, leidet die Arbeiterklasse heute ganz ungeheuerlich. In Reiche hat sich die Krise seit den letzten Wahlen in unerträglicher Weise verschlimmert, und in Breslau hat sich der „rote Klüngel", der bei der letzten Stadtverordnetenwahl vom Kampfplatz vertrieben werden sollte, zu einem tückischen Gegnerhaufen entwickelt, dessen Gefieder in allen Farben des Bürgerblocks schillert.

#### Zehnfaches Millionen offenes Defizit

[illegible] Jahre, je etwas [illegible] allerdings noch einmals dazu [illegible] gefährliche „rote Kleinigkeit" noch gar kräftig helfen, es ist [illegible] auch noch nur [illegible] verkrachte Jauker und [illegible] verkrachte Banken zu sanieren, auch was die „Wirtschaft" [illegible] Gemeinden gebracht hat, muß wieder gut gemacht werden. Wenn diese Wiedergutmachung nur nicht auf Kosten derer vor sich gehen brauchte, die nichts verbrochen haben, auf Kosten der breiten Massen, denen ihr armseliges Leben immer weiter verschlechtert wird.

[illegible] Stadtverordnetenversammlung begannen [illegible]

#### Protest gegen die Einsetzung von Staatskommissaren

und deren Steuerdiktatur, dem Vorsteher Genosse Bandmann Ausdruck gab. Durch Staatskommissare war eine Erhöhung der Grundvermögenssteuer um 50 Prozent und eine Verdoppelung der Biersteuer verfügt worden. Der Magistrat wurde aufgefordert, diese Steuern nicht einzuziehen. Gegen diesen Steuern hat auch die Einführung der Bürgersteuer den Protest der sozialdemokratischen Fraktion ausgelöst, während diese Steuer durchaus den Beifall des Bürgerblocks gefunden hat.

Der Lohndruck war bereits vor einem Jahre lebensfeindlich in Gange, während die Preise in keiner Weise zum Sinken kamen. Auch für die Aermsten der Armen wurde schon vor einem Jahr schlechter gesorgt, als in allen früheren Jahren. Deshalb unternahm die sozialdemokratische Fraktion alsbald einen Vorstoß, indem sie verlangte, daß die Arbeitszeit der städtischen Arbeiter nicht unter 44 Stunden eingeschränkt, daß die Stundenlöhne nicht gekürzt, und daß für die ersparten Arbeitsstunden Wohlfahrtserwerbslose eingestellt werden sollten. Während die Kriegsopfer Not litten hatte der Offiziersverein des ehemaligen Feldartillerieregiments

#### Geld für ein recht überflüssiges Denkmal

das auf dem Matthiasplatz aufgestellt werden sollte, über. Die Sozialdemokraten waren gegen die Hergabe des Platzes, weil sie [illegible]

Not der Kriegsopfer zu lindern. Die Deutschnationalen aber ließen durch ihren Fraktionsredner Fiehn verkünden:

### Die Kriegsrentner hätten noch immer Gelder für Faltboote und goldene Uhren.

Also ward der Platz für das Denkmal hergegeben.

Im Zeichen der allgewaltigen Krise ist der Verkehr auf der städtischen Straßenbahn stark zusammengeschrumpft. Ist es nicht ein Hohn, daß sich die zahllosen Erwerbslosen auf den weiten Wegen zu den Stempelstellen ihre ohnedies schlechten Schuhe völlig abnutzen, während die Straßenbahn fast leer fährt? Unsere Genossen beantragten deshalb, die Erwerbslosen in den verkehrsarmen Stunden für 10 Pf. fahren zu lassen. Nichts zu machen bei den heutigen Mehrheitsverhältnissen auf dem Rathause. Lieber die stark verminderte Einnahme, als daß man die Erwerbslosen für billiges Geld die leeren Wagen benutzen läßt. Dem gleichen Widerstande begegnete unsere Fraktion mit einem Antrage, eine Umsteigeberechtigung zwischen Omnibus und Straßenbahn im Verkehr mit den Vororten herbeizuführen. Es waren finanzielle Gründe, die man dagegen anführte, obwohl eine Verkehrsverbilligung sicher zu einer Belebung des Verkehrs und damit mindestens zu den gleichen, wenn nicht zu höheren Einnahmen führen würde.

Mit dem fortschreitenden Lohndruck auf die städtischen Arbeiter wurden auch die Ruhelöhne gedrückt und nicht minder die kargen Wohlfahrtsrenten. Dagegen ist

### für die Privatschulen mehr Geld als je

vorhanden. In einer Zeit, wo am Schulwesen, vor allem am Volksschulwesen, eine ganz unerträgliche Sparsamkeit getrieben wird, erhöhte sich der städtische Zuschuß für die Privatschulen von 100 000 auf 200 000 Mark. Es ist richtig, daß diese Schulen, die als Erwerbsquellen gegründet wurden, heute nicht mehr rentabel sind, nach sozialdemokratischer Auffassung gehört jedoch das gesamte Unterrichtswesen in öffentliche Hand, statt daß man den Gründern von Privatschulen in schlechten Zeiten das Risiko abnimmt. Aber die Bürgermehrheit weiß trotz aller Not die Zeit zu nutzen, seit bei der letzten Wahl eine Schwächung des sozialdemokratischen Einflusses eingetreten ist. Daß man dem Stahlhelm zu seinem, unsere Stadt und Provinz schädigenden Aufmarsch die Brückenaue überließ, daß die Messegesellschaft den Nazis den Messehof zur Verfügung stellte, daß alles sind Dinge, die mit der heutigen Kräfteverteilung auf dem Rathause zusammenhängen

Nachdem die Bürgermehrheit im vorigen Jahre das Elektrizitätswerk der Stadt mit dem privaten E.W. Schlesien in Tschechnitz verkoppelte, wodurch die Stadt schon im ersten Jahre des Vertrages

### um mehr als eine Million geschädigt

ist, die dem Privatzweck zufloß, gingen inzwischen die Versuche weiter, städtische Betriebe an die Privatwirtschaft auszuliefern. Im Laufe der Etatsberatungen beantragte der deutschnationale Stadtverordnete Niedel, die Stadt solle

### das Bestattungsamt wieder aufgeben.

Die privaten Beerdigungsinstitute verdienten an einem Sarge mindestens 25 Mark und sie würden vom Städtischen Bestattungsamt, das ohne Gewinn arbeitet, durch Konkurrenz schwer geschädigt. Derselbe Herr verlangte die Beseitigung der Schulzahnklinik, die Verpachtung der städtischen Bäder an Privatunternehmer und den Abbau der Ratsdruckerei. Der deutschnationale Fraktionsführer Thum beklagte sich dann, daß der Name des Herrn Niedel aus dem Ausschuß in die „Volkswacht" getragen worden sei. Herr Niedel aber wurde inzwischen zum Stadtrat gewählt, wo er, ohne Gefahr, daß sein Name genannt wird, in den geheimen Magistratssitzungen seine Politik zum Schaden der Stadt und der Bürgerschaft weiter betreiben kann.

Und noch ein Beispiel, wie sich gewisse Kreise trotz Not der Stadt und ihrer Bewohner auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern verstehen. In Breslau besteht ein Verband für Schulkinderpflege, dessen Leiterin am 1. Juli zurücktrat. Der Verband lebt ganz von städtischem Gelde. Der deutschnationale Stadtrat Sablowski aber bewilligte der scheidenden Leiterin einen viermonatigen Urlaub und

### ein Ehrengeschenk von 8000 Mark.

Bei den Etatsberatungen ist der sozialdemokratische Berichterstatter Genosse Tilch und sind unsere Genossen im Etatsausschuß entschieden für die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und der vom Wohlfahrtsamt Betreuten eingetreten, bei der augenblicklichen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung allerdings nur mit geringem Erfolg. Für eine

### Herabsetzung der überhöhten Gas- und Strompreise

fand sich zwar eine Mehrheit, der Magistrat jedoch weigerte sich, die Preise herabzusetzen. Unsere Genossen haben den Etat unter solchen Umständen mit Recht abgelehnt.

Im Herbst regte sich sofort wieder die Reaktion. Begrüßt vom Bürgerblock, brachte der Magistrat eine Vorlage auf „Freiwilligen Arbeitsdienst" ein. Der Jungdeutsche Orden hielt sich für berufen, die Rieselfelder der Stadt auf diesem Wege zu verbessern. Im Finanzausschuß entschied bei Stimmengleichheit nur die Stimme des Vorsitzenden, Genossen Tockus, für Ablehnung. Bis zur öffentlichen Sitzung war die Sache aber doch auch allen bürgerlichen Gewerkschaftsvertretern zu brenzlich geworden, so daß die Ablehnung mit größerer Mehrheit erfolgte. Vom Haß mancher Bürger gegen die Erwerbslosen zeugt dabei eine Bemerkung des Stadtverordneten Hochstätter, der ein mehrfacher Hausbesitzer und Zuckerwarenfabrikant ist. Weil die Sozialdemokraten gegen eine Arbeitsdienstpflicht mit Barackenunterkunft und Kesselflaps in der Führung waren, verstieg er sich zu der Bemerkung:

### „Die vom Reichsbanner haben junge Beine, um der Arbeit aus dem Wege zu gehen".

Nur der Besonnenheit unserer Genossen hatte er es zu verdanken, daß er nicht von seinem Sessel hinausbefördert wurde.

Ein besseres Mittel zur Linderung der Not ist die

### Produktive Erwerbslosenfürsorge.

Vorbildlich ist in dieser Beziehung die Ausführung eines großen Bauvorhabens, das die „Dewog" von der Breslauer Bauhütte und unter finanzieller Hilfe der Arbeiterbank und der Stadt Breslau ausführen läßt. Versuche, auch der Privatindustrie in ähnlicher Weise beizustehen, um das Heer der Arbeitslosen zu vermindern, haben leider sofort Vorgänge gezeitigt, die erkennen lassen, daß die Privatwirtschaft auch hierbei eher an sich als an das Gemeinwohl denkt, so daß von dem Mittel der Produktiven Erwerbsfürsorge kaum in größerem Umfange Gebrauch zu machen ist.

Durch die Parteispaltung sind die Verhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung noch unerquicklicher, die Aussichten zu einer erfolgreichen Arbeit im Sinne der werktätigen Bevölkerung noch geringer worden. Während die Spaltung auch in Breslau der Gesamtpartei nur wenig Abbruch tun konnte, sind von 34 sozialdemokratischen Stadtverordneten

**18 der Partei treu geblieben und 16 ihr untreu geworden,**

darunter auch der bisherige Fraktionsvorsitzende. Die Fraktion hat nunmehr den Genossen Karl Pietsch mit der Führung betraut. Wenn auch von den Spaltern bei den nächsten Wahlen nicht viel übrig bleiben wird, wird doch zurzeit die Front der werktätigen Bevölkerung zum Gaudium der Gegner noch stärker gestört als bisher nur durch die Kommunisten. Ihr Kampf gilt nicht der Reaktion, sondern der Partei, aus der sie hervorgegangen sind, und der sie die Treue brachen, als sie genügend vorangekommen zu sein glaubten.

Ein schweres Jahr des Kampfes und der Arbeit liegt vor uns. Was 18 Sozialdemokraten unter 88 Stadtverordneten leisten können, wird zum Wohle der Arbeiterklasse getan werden. Wir wollen unseren Bericht nicht schließen, ohne einer Frau zu gedenken, der die notleidende Bevölkerung von Breslau viel zu verdanken hatte, der Genossin Clara Zils, Stadträtin, die uns im letzten Sommer durch den Tod entrissen wurde.

## Bericht der Pressekommission

Die Pressekommission trat im letzten Jahre zu acht Sitzungen zusammen. Eine Anzahl von den Lesern vorgebrachte Beschwerden wurden behandelt. Nach der Spaltung erfolgte eine neue Zusammensetzung der Pressekommission, welche in ihrer ersten Sitzung eine Aenderung des Statuts unter Zugrundelegung des Musterstatuts vornahm.

Der Bestand an Zeitungsbeziehern hat gegen das Jahresende eine gewisse Senkung erfahren, die durch die Spaltung verursacht worden ist. Es ist durch eifrige eigene Werbung, sowie durch die Werbearbeit einer besonderen Agitationskolonne möglich gewesen, den Verlust fast auszugleichen. Bei dem „Volksfreund" ist gegenüber dem Stand vom 31. 12. 1930 sogar eine nennenswerte Zunahme der Bezieher eingetreten.

Die Druckerei war im Jahresdurchschnitt nicht so gut beschäftigt, wie im Vorjahre. Eine ähnliche Entwicklung zeigte auch der Umsatz der Buchhandlung, bei der in ganz auffälliger Weise der Umsatz von Büchern in mittlerer Preislage abgenommen, dagegen erfreulicherweise der Umsatz an Parteiliteratur und billigen Broschüren der Anzahl nach zugenommen hat. Bei der allgemeinen Schrumpfung der Wirtschaft ist es fast selbstverständlich, daß die Umsätze der einzelnen Abteilungen sowie auch der Gesamtumsatz gegenüber dem Vorjahre einen Rückgang aufweist.

In der Buchdruckerei haben sich für das neu beginnende Geschäftsjahr bezüglich des Beschäftigungsgrades die Aussichten gebessert. Hoffen wir daher, daß der nächstjährige Bericht ein besseres Ergebnis zeitigen wird.

# Das Goldfieber in der Erbenversammlung

## Genosse Janotta als Kronzeuge

Daß bei vielerlei alten Leuten im Kreise Neumarkt der Glaube an die durch den Prozeß gegen die „Millionenerben" in das Blendlicht öffentlicher Erörterungen gezogene, sonst aber reichlich sagenhafte Hinterlassenschaft des angeblich von einer Schlange gebissenen und hieran, vor hundert und einem Jahr, in Paramaribo verstorbenen Kapitän Baensch besteht, ist sicherlich nicht zu leugnen. Geht man der Sache allerdings auf den Grund, dann kommt es eben doch nur auf recht unklare Ueberlieferungen von Großvater, Vater oder irgendeiner Schwiegermutter aus dem vergangenen Jahrhundert hinaus. Die 72jährige Zeugin M. Baensch war beispielsweise 11 Jahre alt, als sie das Originaltestament gesehen zu haben sich zu erinnern glaubt, ein anderer auch schon betagter Zeuge hatte von seinem Großvater erzählt bekommen, daß dieser vor dem Siebziger Kriege mit dem Testament nach Berlin gefahren sei, wo es ihm aber von einem Manne namens Kramsta abgelockt worden sei. Dieser Mann bekam dafür als Anteil eine Zession von nur 100 000 Mark.

Etwas anders ist es jedoch mit dem „Glauben" der Hauptangeklagten Schneider und Hartmann, wie auch mit den Gebrüdern Weigmann bestellt. Wie hier die Fabeln entstanden, die dann eine recht konkrete Realisierung in den bekannten geschäftlichen Unternehmungen der beiden Frauen fanden, zeigte am Dienstag die unter großer Spannung erwartete Zeugenaussage des Vorsitzenden des Niederschlesischen Provinzialausschusses, Genossen Janotta.

Janotta wurde einmal von einem alten Onkel, der auch zur „Erbgemeinschaft", gehört, wie Frau Hartmann die näher interessierten präsumptiven Erben nennt, ersucht, in Berlin Erkundigungen über das Vorhandensein usw. der Erbschaft einzuziehen. Sehr launig berichtet er nun vor Gericht von der etwas seltsamen „Versammlung" in der ihm das Anliegen der Erben vorgetragen wurde. Schon damals — es war Ausgang 28 oder Anfang 29 — kam es auf den ersten Anhieb zu einem Zusammenstoß mit der Frau Hartmann, deren unglaubhafte Angaben in ihm sofort Bedenken erweckt hatten. Er äußerte diese auch unzweideutig und schrieb schließlich an seinen alten Onkel, nachdem er sich in Berlin erkundigt hatte, noch unzweideutiger, daß nicht viel festzustellen sei, daß er aber vor allem gar nicht daran denke, irgendwelche — ihm so nebenbei angedeutete — Beteiligung anzunehmen, sondern lediglich in seiner Eigenschaft als Abgeordneter zur Aufklärung eines möglicherweise vorhandenen Unrechts tätig geworden sei.

Dieser ganz einfache klare Tatbestand wird aber von den „Erben" in wirr durcheinander gehenden Aussagen umgedeutet; Janotta soll — nachdem er noch gar nichts Näheres über die Erbschaft wußte — ihnen gesagt haben, mit der Auszahlung von 2 Millionen pro Nase könnte man rechnen, ja, Frau Hartmann unterstellt ihm plötzlich mittendrin, er habe sogar angegeben, daß das Testament beim Oberlandesgericht liege. Plötzlich sieht man hier in dem lebhaften Getriebe dieses Prozesses, in dem der mittlerweile recht langmütige Vorsitzende es sogar zuläßt, daß der Angeklagte Stiller einen Zeugen wie ein Besessener anbrüllt, die Linie dieser Massensuggestion, die von den beiden betriebsamen Frauen ausgehend bei den einfacher konstruierten Mitgliedern der Erbgemeinschaft zur felsenfesten Ueberzeugung kristallisierte, die wenn auch durch nichts belegt, doch in der unverrückbaren Gläubigkeit festhält, die Janotta in dem verlesenen Brief sehr treffend mit „Goldfieber" bezeichnete.

Nicht viel anders stand es um die verschiedentliche Bezugnahme auf den Neumarkter Landrat Hüttenheim und den Justizinspektor Eulig, denen ebenso unmögliche hoffnungsvolle Aeußerungen zugeschrieben worden waren, was dann alles seine Materialisierung in den famosen Zessionen, an denen der Notar Neumann gut verdiente, und viele Leute, die gerne verkaufen oder mit wenig viel Geld machen wollten, viel verloren.

## Deutschlands Meisterschaft im Ringen

### Ab 6. Februar Ringkämpfe in Breslau

Die nächsten Berufsringkämpfe in Breslau werden vom 6. Februar ab in Szene gehen, die durch die Teilnahme internationaler Schwer- und Mittelgewichtler erhöhtes Interesse beanspruchen werden. Der „Internationale Ringerverband" teilt mit, daß er dem Breslauer Sportunternehmer August Brylla die Licenz für die Deutsche Meisterschaft 1932 im Schwergewicht übertragen hat. Bekanntlich sind in dieser Meisterschaft der Gewichtsklasse über 200 Pfund auch bestqualifizierte Mittelgewichtler startberechtigt, deren Ehrgeiz, im Wettbewerb der Schwergewichte mit in vorderster Reihe zu landen, der Konkurrenz einen besonderen Reiz verleihen dürfte. Die ersten Kampftage des Wettbewerbs werden ab Sonnabend, den 6. Februar, im Vergnügungslokal Broadway durchgeführt, während dann vom 16. Februar an wieder der Zirkus Busch am Luisenplatz der Schauplatz internationaler Ringkampfbegegnungen sein wird. Bisher haben Ringer aus fünf Nationen ihre Teilnahme fest zugesagt.

## Freigewerkschaftliches Jugendkartell

### reiht sich ein in die „Eiserne Front"

**Sonntag, den 31. Februar, marschiert die gesamte Arbeiterschaft zur „Eisernen Front" auf. Alle Gruppen beteiligen sich an den Kundgebungen im Zirkus Busch und Konzerthaus. Eintrittskarten bei den zuständigen Organisationen.**

## Jubiläum bei Barasch

Herr Artur Barasch in Berlin, der mit seinem Bruder Georg das große Warenhaus in Breslau mit vielen Zweighäusern in anderen Städten gründete, vollendet heute sein 60. Lebensjahr. Als freundlicher Helfer hat er sich bei verschiedenen Gelegenheiten Verdienste um die Stadt Breslau und ihre Bewohner erworben. Korrekte Beziehungen zu allen Angestellten und freundliches Verständnis für die Sache der Arbeiterschaft zeichneten ihn hier aus. Mögen ihm deshalb noch viele Jahre nützlichen Schaffens beschieden sein.

**Gesellschaftsreisen zum Wintersport.**

Wie uns von dem Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie und des Norddeutschen Lloyd mitgeteilt wird, veranstaltet das Mitteleuropäische Reisebüro, Berlin, gemeinsam mit den Breslauer Reisebüros im Februar und März Gesellschaftsreisen von Breslau nach Cortina d'Ampezzo, nach Steinach am Brenner, nach Galtür in Tirol und nach dem Fichtelberg im Erzgebirge zu volkstümlichen Preisen. Auskunft, Prospekt und Anmeldungen im Reisebüro der Hamburg-Amerika-Linie, Gartenstraße 60, und des Norddeutschen Lloyd, Neue Schweidnitzer Straße 6.

## Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167–170
Telefon Nummern 59060—59061
Geöffnet außer Sonnabend von 8—1 und 4—7 Uhr

### Achtung! Eiserne Front-Kundgebung!

Genossinnen und Genossen!

In den Kundgebungen am kommenden Sonntag verteilen sich die Mitglieder der Partei, der Gewerkschaften und des Reichsbanners in den Lokalen wie folgt:

Zirkus Busch
Abteilungen Nikolaitor, Pöpelwitz, Oderthor, Sandthor, Scheitnig, Zimpel.
Konzerthaus
Abteilungen Ohlauer Tor, Strehlener Tor, Süden, Südwest, Gräbschen-Kleinburg, Innere Stadt.

Fahnen sind mitzubringen. In beiden Lokalen wickelt sich das gleiche Programm ab.

8 Uhr Einlaß, ab 8,15 Uhr Konzert.

Frauenleiterinnen und weibliche Funktionäre. Heute, Donnerstag, den 28. Januar, 20 Uhr, im Zimmer 6 des Gewerkschaftshauses Sitzung der Frauenleiterinnen und weiblichen Funktionäre. Genossin Ida Wolff wird uns einen interessanten Vortrag halten.

Distrikt 4. Heute, Donnerstag, 20 Uhr, Frauen-Bastelabend bei Zanke, Friedrichstraße 41. Gäste sind willkommen.

Abteilung Innere Stadt (Distrikte 13 und 14). Heute, Donnerstag, den 28. Januar, 20 Uhr, findet im Nußbaum, Schmiedebrücke, eine Abteilungsversammlung des Freidenkerverbandes statt. Genossinnen und Genossen, die Mitglieder des Verbandes sind, haben dort unbedingt zu erscheinen.

Abteilung Scheitnig. Dienstag, den 2. Februar, 20 Uhr, bei Bittner, Uferstraße, Bildungsabend.

### Arbeitsgemeinschaft junger Sozialdemokraten

Freitag, den 29. Januar, Fortsetzung des Schulungskurses im Gewerkschaftshaus.

### Sozialistische Arbeiterjugend

Heute 20 Uhr im Heim Gewerkschaftshaus Mitgliederversammlung. Mitgliedsbücher mitbringen. Freitag, den 29. Januar, Fortsetzung des Schulungskurses im Gewerkschaftshaus. Sonnabend 20 Uhr alle Genossinnen und Genossen im Gewerkschaftshaus zur Einübung eines Sprechchores.

Heim 4. Freitag Heimabend im Jägerhof.

Heim 5. Heute, Donnerstag, treffen wir uns um 19 Uhr am Roberplatz zur Ortsgruppen-Generalversammlung im Gewerkschaftshaus. Freitag nicht im Heim, sondern Stammer-Kursus im Gewerkschaftshaus.

### Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau

Abteilung 5. Heute, Donnerstag, 28. Januar, 15 Uhr, Helfersitzung bei Genossin Reventlow.

### Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Vortrupp Ost: Heute 20 Uhr erscheint alles im Heim zum Eichbilderabend.

Banner Kletteberg: Unsere für morgen, Freitag, angesetzte Jahreshauptversammlung muß aus technischen Gründen auf Sonntag, den 7. Februar, 10 Uhr vormittags, in der Turnhalle verlegt werden.


Das Rätsel:

„Was bringt Kaiser's Osterhase?"

— — ist gelöst. Betrachten Sie unsere Schaufenster! Sie sehen darin neben den guten billigen Kaiser's Erzeugnissen unsere Oster-Oberraschung. Die Einlösung eines mit roten Marken gefüllten Sparbuches vor Ostern 1932 sichert Ihnen ausser unserem Rabatt von 5% diese Osterfreude.

Auf zu KAISER'S KAFFEE-GESCHÄFT

Filialen Breslau:
Bohrauer Str. 28
Freiburger Str. 111
Frankfurter Str. 175/177
Friedrich-Wilhelm-Str. 33
Gräbschener Str. 24
Hellmuth-Str. 47/49
Klosterstr. 23/25
Matthiasstr. 66
Metzerstr. 106
Münzstr. 39/41
Ohlauer Str. 26
Ring 57
Sonnenstr. 11
Schweidnitzer Str. 49
Tauentzienstr. 12

# Ein Beispiel „christlicher" Betriebsführung

## Arbeiter als Opfer des evangelischen Bankskandals

Unter den Opfern der zusammengebrochenen „Evangelischen Zentralbank" befindet sich auch die Porzellanfabrik in Stanowitz, Kreis Striegau. Seit die Bank mit Gottes Segen die Aktien der Porzellanfabrik übernommen hatte, haben sich die Verhältnisse in dem Betriebe hinsichtlich der Auszahlung der Löhne ständig verschlechtert. Bereits 1930 setzte Kurzarbeit ein, doch wurde die Belegschaft noch einigermaßen beschäftigt. 1931 aber wurden die Lohnzahlungen immer unregelmäßiger; während des ganzen Jahres kamen die Arbeiter fast niemals in den Besitz ihres wohlverdienten Lohnes. Anfang Juni 1931 wurde überhaupt kein Lohn mehr ausgezahlt, so daß **die Arbeiterschaft den Betrieb verließ, um wenigstens in den Besitz der Arbeitslosenunterstützung zu gelangen.** Die Firma schuldet heute noch rückständige Löhne in Höhe von rund 6000 Mark. Der Betrieb wurde dann mühsam mit 65 Personen Belegschaft aufrechterhalten; aber auch diesen schuldet die Fabrik bzw. die Evangelische Zentralbank als Aktionär bereits wieder rund 2000 Mark Lohn.

Daß bei der Betriebsrätewahl die Firma versuchte, die freigewerkschaftlich Organisierten an die Wand zu quetschen und die Nazis hochzupäppeln, gehörte wahrscheinlich zu den „geistigen" Richtlinien der Zentralbank. Die Arbeiterschaft ging allerdings auf diese frommen Wünsche nicht ein und blieb freigewerkschaftlich organisiert.

# Von der Eisernen Front

### Massenaufmärsche im Bezirk Breslau

In zwei großen Sälen fand Dienstag eine Kundgebung der Eisernen Front **in Striegau** statt. ¾ Stunden vor Beginn mußten die Säle wegen Ueberfüllung polizeilich geschlossen werden und Hunderte mußten umkehren, obwohl man schon über 3000 Menschen in den Sälen untergebracht hatte. Es sprachen die Reichstagsabgeordneten Buchwitz, Dobbert und Pohle. Das Hoch auf die Sozialdemokratie fand brausenden Widerhall.

Auch in **Reichenbach** mußte eine Versammlung, in der Genosse Buchwitz-Görlitz sprach, lange vor Beginn wegen Ueberfüllung polizeilich gesperrt werden. Die Versammlung forderte in einer Entschließung die Ausweisung Hitlers aus Deutschland. Im **Kreise Waldenburg** haben die in der Eisernen Front zusammengeschlossenen Organisationen, einschließlich der Sportler, für gestern, heute und morgen große öffentliche Versammlungen angesetzt.

# Landfriedensbruchprozeß

Vor dem Waldenburger Schnellschöffengericht hatten sich gestern elf Kommunisten zum Teil unter der Anklage des schweren Landfriedensbruchs zu verantworten. Am 4. Dezember v. Js. hatten die Nazi im Hotel Sandberg der zu Ober-Salzbrunn gehörenden Kolonie Sandberg eine öffentliche Versammlung abgehalten, in der es, da der kommunistische Diskussionsredner nach Ablauf seiner Redezeit weiter sprach, zu schweren Zusammenstößen kam. Hierbei wurden eine ganze Anzahl Versammlungsteilnehmer erheblich verletzt, und die Saaleinrichtung wurde zertrümmert.

Das Gericht verurteilte den Hauptangeklagten Hermann Schiller zu 8 Monaten, den Angeklagten Arndt zu 6 Monaten Gefängnis; die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Der Staatsanwalt hatte gegen den Hauptangeklagten eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und gegen sechs Angeklagte Gefängnisstrafen von 3 bis 9 Monaten beantragt.

# Dem Ausschluß zuvorgekommen

In Landeshut wurde seit einiger Zeit von einem dortigen Kaufmann im Zusammenhang mit einem Konflikt mit dem städtischen Steuerbüro behauptet, daß der Zweite Bürgermeister trotz ausreichendem Einkommen erhebliche Schulden mache, seine Miete nicht bezahle und auf „betrügerische Manipulationen" angewiesen sei. Als der Magistrat Strafantrag stellte, erklärte der Mann zuerst, er habe nicht etwa den Zweiten Bürgermeister von Landeshut, Fechner, der der Sozialdemokratie angehörte, sondern irgendwelche andere Zweite Bürgermeister gemeint, erbot sich dann aber auch hinsichtlich Fechners, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Zum Beleg führte er eine Reihe von Beschuldigungen an, für die er noch Zeugen beizubringen hat.

Mittlerweile hat die Landeshuter Sozialdemokratie dazu Stellung genommen und Fechner zur Rechtfertigung aufgefordert. Nach einer Versammlung, in der es zu lebhaften Auseinandersetzungen kam und ein Schiedsgerichtsverfahren beschlossen wurde, erklärte Fechner jedoch brieflich, „freiwillig" aus der Partei auszutreten.

## Sabotage gegen den Remarque-Film

Als in den Zentral-Lichtspielen in Ruhland DL. der Film „Im Westen nichts Neues" lief, setzte plötzlich der elektrische Strom aus. Es wurde dann festgestellt, daß am Transformatorenhaus beim Schützenhaus über die Leitung eine Kette geworfen worden war, wodurch Kurzschluß entstand und der Draht durchschmorte. Ein Teil der Stadt war zeitweise stromlos. Es gelang jedoch nach etwa 20 Minuten durch Umschaltung die Störung zu beseitigen.

## Lebensmüde Jugend

Auf dem Gleis der Strecke Moys—Görlitz wurde eine männliche Leiche gefunden, der der Kopf vollständig vom Rumpfe getrennt war. Es handelt sich, wie festgestellt wurde, um den 15jährigen Sohn eines Lokomotivheizers, der sich in selbstmörderischer Absicht vor einen Güterzug überfahren ließ. Die Leiche wurde beschlagnahmt.

---

**Herrnstadt** (Kr. Waldenburg). **Explosion einer Heiztrommel.** Im Betriebe der Bleich- und Appreturanstalt Heinrich Schneider explodierte während der Arbeitszeit eine mit Dampf gefüllte Trommel einer Trockenmaschine. Der ausströmende heiße Dampf verbrühte eine Arbeiterin an beiden Beinen, die übrigen im gleichen Arbeitsraum befindlichen Arbeiterinnen blieben unverletzt. Durch den Luftdruck wurden sämtliche Fensterscheiben des Unfallraumes zertrümmert und die Scherben weitestens fortgeschleudert. Der Sachschaden wird auf mehrere tausend Mark geschätzt.

**Siemianowitz. Aus der Tiefe geborgen.** In der vorigen Woche ereignete sich bekanntlich auf der Reggrube bei Siemianowitz durch einen Bruchbau ein Bergwerksunglück. Am Dienstag konnte die Leiche des verunglückten Hauers Lepik geborgen werden. Die Leiche war vollständig niedergehauener Zimmerung und zwei Kulissen so eingeklemmt, daß die Aufgabe mit einem Schachtspatel herausgeschafft werden mußte. Angaben des Rettungsteams zufolge [illegible]

**Zembowitz, Kr. Rosenberg. Im Stroh erstickt.** Beim Arbeiten in der Scheune stürzte der über 70 Jahre alte Weichenwärter Korzenietz in Zembowitz so unglücklich kopfüber zwischen Stroh und Giebelwand, daß er sich mit eigener Kraft aus seiner Lage nicht mehr befreien konnte und erstickte. Erst nach Stunden fand man ihn beim eifrigen Nachforschen tot auf.

# Arbeiter-Sport

## Das bundesoffene Kreis-Skispringen,

**des 14. Kreises im Arbeiter-Turn- und Sportbund, das am 31. Januar in Oberschreiberhau (Riesengebirge) stattfinden sollte, ist wegen der unsicheren Schneeverhältnisse auf den 7. Februar verlegt worden.**

**Der Kreiswintersportwart.**

## Freie Turnerschaft Breslau E.V.

**Turnverein Koberwitz.** Jahresversammlung 31. Januar, nachmittags 5 Uhr, im neuen Heim.

# Konzerte / Theater / Vergnügungen

**Schlesische Philharmonie.** Kommenden Montag findet das 6. Volks-Sinfonie-Konzert der Schlesischen Philharmonie statt. Leitung Hermann Behr. Unter Mitwirkung des Waegeldschen Männergesangvereins gelangen Chöre von Schubert zur Aufführung. Ferner bringt das Programm die Sinfonie in C-dur von Schubert.

**Das Prof. Holländer-Trio** im Bomben-Varieté-Programm des Liebich-Theaters hat durch seine musikalische Vielseitigkeit, Anmut und Grazie als Musikalakt auf den internationalen Varieté-Bühnen unbestrittenen Weltruf erlangt und ruft im Arno-Programm das aufrichtige Entzücken der schlesischen Musikfreunde hervor.

**In Theodor Stolles Gesellschaftshaus Breslau-Grüneiche** findet jetzt jeden Donnerstag und Sonnabend Tanz statt. Es spielt dazu die Kapelle der vier Jumping-Jats alte und neue Tänze bei freiem Eintritt und Tanz. Alles Nähere siehe Inserat.

**Stadttheater (Opernhaus).** Heute, Donnerstag, Anfang 20 Uhr (Abonn. Vorst. D 10) wird Puccinis lyrisches Drama „Manon Lescaut" wiederholt. Morgen, Freitag, Anfang 19,30 Uhr, „Die Blume von Hawaii", der sensationelle Operetten-Erfolg. Sonnabend, Anfang 20 Uhr (Abonn.-Vorst. G 10) Zellers Operette „Der Vogelhändler". Sonntag nachm., Anfang 15,30 Uhr, „Cavalleria rusticana" und „Der Bajazzo". Abends Anfang 20 Uhr, „Die Försterchrist" mit Anny Kunze in der Titelpartie. Montag, Anfang 20 Uhr, „Die Zauberflöte".

**Lobetheater.** Täglich 20,15 Uhr finden Aufführungen des allabendlich mit starkem Beifall aufgenommenen Bühnenstückes „Mademoiselle Dorteur" (nach Motiven aus G. R. Berndorffs Buch „Spionage") von Otto Alfred Palitzsch in der Inszenierung von Martin Wagner und der Premierenbesetzung statt. Sonntag 15,30 Uhr Nachmittagsvorstellung von Schillers „Wilhelm Tell".

**Thaliatheater.** Täglich 20,15 Uhr der große Lustspielerfolg „Das verfl.... Geld" von Carl Röhler. Inszenierung Martin Lindemann. Premierenbesetzung.

**Zirkus Busch.** Nur noch vier Tage bleibt das sensationelle Januar-Programm mit Young Nilas, dem „stärksten Mann der Welt", auf dem Spielplan, denn ab Montag findet ein vollständiger Programmwechsel statt. Täglich sind zwei Vorstellungen um 4,15 und 8,15 Uhr zu den billigen Preisen.

**Vom Kunsthimmel.** Der Vorverkauf findet täglich bei den Konzertdirektionen Hainauer und Hoppe, Kunsthandlung Wenzel, Buchhandlung Fritsche und bei Wertheim statt.

## Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Krietern

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Die mitteleuropäische Wetterlage steht noch immer unter antizyklonalem Einfluß. Während im Flachlande zeitweise stärkere Hochnebelbildung einsetzt, meldet das Hochgebirge fast unverändert heiteres trockenes Wetter. Die über Skandinavien vordringenden kräftigen Störungen der 5. Zyklonenreihe geben vorläufig in Norddeutschland nur zu stärkerem Auffrischen des Westwindes Anlaß. Die Temperaturverhältnisse ändern sich vorläufig nur wenig. Nachts kommt es bei zeitweiligem Aufklären zu leichtem Frost, während tagsüber die Temperaturen bei Null oder nur wenig darüber liegen. Erst später, wahrscheinlich gegen Wochenende, dürften die Störungen beim Abschluß der 5. Zyklonenreihe einen unmittelbaren Einfluß auf die mitteleuropäische Lage erlangen.

**Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:**

Frischer westlicher Wind, vorwiegend, nur vorübergehend aufheiterndes Wetter, Temperaturen zunächst wenig verändert.

**Aussichten für das schlesische Hochgebirge:**

Starker nördlicher Wind, zunächst noch vielfach heiter und trocken, vorübergehend neblig, zunächst wieder milder.

**Wir stützen die Republik**

**deshalb lesen wir nur die Volkswacht**

# ARBEIT UND WIRTSCHAFT

## Konzentration der Gewerkschaftsbewegung

### Die Verschmelzung der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten, des Verbandes deutscher Berufsfeuerwehrmänner und des Reichsbundes der Beamten und Angestellten im Gesamtverband

Aus Anlaß der Verschmelzung der genannten Organisationen veranstaltete der Gesamtverband Ortsgruppe Breslau am 25. Januar eine Versammlungskundgebung im Gewerkschaftshaus, in der Bürgermeister Mache über die Frage: „Warum Konzentration in der Gewerkschaftsbewegung"?, sprach.

Der Volkschor hatte sich dankenswerter Weise in den Dienst der Sache gestellt und gab der schlichten Veranstaltung mit einigen Liedern ein feierliches Gepräge. Nach einer Begrüßungsansprache erteilte Kollege Blanck vom Gesamtverband dem Genossen Mache das Wort zum Hauptthema der Tagesordnung.

Der Referent wies in seinen Ausführungen auf die Notwendigkeit der Verschmelzung innerhalb der Beamtenbewegung hin. An treffenden Beispielen schilderte er die Entwicklung der Beamtenbewegung und machte darauf aufmerksam, daß der Beamte in der heutigen schnelllebigen Zeit eine Umstellung in seiner Person zur Arbeiterbewegung vornehmen muß. Zurzeit ist es zwar nur ein kleiner Teil der Beamten, die die Notwendigkeit dieser Umstellung begriffen und sich deshalb im freigewerkschaftlichem Lager gefunden haben. Damit trat aber die Frage der Zusammenfassung aller dieser kleinen Beamtenorganisationen in den Vordergrund und die heutige Verschmelzungskundgebung ist der erste Auftakt dazu. Zu begrüßen deshalb, weil dadurch in Zukunft ein gemeinsames Zusammenarbeiten der Arbeiter, Angestellten und Beamten gegeben ist. Der Referent führte weiter aus, daß dazu jetzt der richtige Zeitpunkt gekommen ist, d. h., daß es vielmehr die höchste Zeit war.

Bei dem augenblicklichen Ansturm des Privatkapitals und der Arbeitgeberverbände gegen die freien Arbeitnehmerverbände würden die zersplitterten Beamtenbünde ohne weiteres beiseite gedrückt worden sein, und damit wäre die größte Gefahr des Abbaues des Berufsbeamtentums gegeben gewesen. Es wird notwendig sein zu versuchen, die noch abseitsstehenden Beamten davon zu überzeugen, daß sie zu uns kommen müssen, wenn sie nicht untergehen wollen. Wenn dies mit größtem Nachdruck nun von der gebildeten freien Einheitsorganisation betrieben wird, dann braucht uns um die Zukunft nicht bange sein.

Als nächster Redner sprach Kollege Landesrat Tilch. Er ging in kurzen Umrissen auf das Werden der freien Beamtenorganisation „Reichsgewerkschaft Deutscher Kommunalbeamter" ein, und schilderte die Gegensätze zwischen den freigewerkschaftlichen und den gelben, sogenannten neutralen Beamtenorganisationen. Er unterstrich die Ausführungen seines Vorredners und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die neue RDK. durch die erfolgte Verschmelzung noch weit mehr wie bisher in der Lage sein wird, die Interessen ihrer Mitglieder tatkräftig zu vertreten. Er ersuchte die Anwesenden, aus dieser Kundgebung heraus, die Ueberzeugung mit zu nehmen, daß die freigewerkschaftliche Beamtenbewegung mit dem Zwecke der Zusammenlegung getrennter gleichartiger Verbände auf dem richtigen Wege ist.

Kollege Blanck brachte anschließend zum Ausdruck, daß von jeher der Verbandsvorstand auf dem Standpunkt der Förderung der Verschmelzung stand. Einiges Zusammenarbeiten mit den übrigen freien Beamtenbünden wird auch weiterhin Aufgabe der neuen RDK. sein. Der Kampf gegen den faschistischen Terror wird beginnen müssen. Er wies darauf hin, daß der Verbandsvorstand eine Beamtenwerbeaktion beschlossen hat, die mit Material von Berlin aus unterstützt werden soll. Mit einem dreimaligen Hoch auf das gute Gedeihen der neuen RDK. wurde darauf die Versammlung geschlossen.

Jede wissenschaftliche Erhebung zeigt immer wieder aufs neue, daß an Stelle der individualistischen Privatwirtschaft ein System treten muß, daß die Güter und Produktionskräfte der Welt allen Menschen zugänglich macht. Zu dieser Erkenntnis verhilft uns auch die Erhebung des Internationalen Arbeitsamtes. Der Versuch der Dunkelmänner, das Bekanntwerden dieser Erhebung durch ihren Zurückziehungsantrag zu verhindern, wird den Vormarsch dieser Erkenntnis nicht aufhalten.

## „Ehrentafel" der RGO.

Zahllos sind die Schmutzereien und Schurkereien, die sich die kommunistische Revolutionäre Gewerkschaftsopposition in ihrer Hetze gegen die Gewerkschaften geleistet hat. Jetzt hat sie sich aber in ihrer Niedertracht selbst übertroffen.

Erster Akt: Im September 1931 versuchten die Danziger Hafenbetriebsunternehmer den Lohn der Hafenarbeiter von 11,10 auf 8,60 Gulden zu drücken. Der Widerstand des Gesamtverbandes machte ein Schlichtungsverfahren notwendig. Es kam zu einem Schiedsspruch, der den Tagelohn auf 10 Gulden herabsetzte. In der Nachverhandlung gelang es den Verbandsvertretern, eine Erhöhung des im Schiedsspruch erlangten Lohnes auf 10,5 Gulden durchzusetzen. Das war angesichts der Unternehmerforderung sowie im Hinblick auf die Haltung der Danziger Nazi-Regierung und die katastrophale Arbeitslosigkeit im Hafen und vor allem unter Berücksichtigung der billigen Konkurrenz durch den polnischen Nachbarhafen Gdingen ein nicht hoch genug anzuschlagender Erfolg.

Zweiter Akt: Als die Vereinbarung für verbindlich erklärt wurde und damit der Organisation jede Möglichkeit einer Kampfhandlung genommen war, riegelten RGO.-Leute und ihre klassenbewußten Unorganisierten den Hafen ab. Der Streik ging weiter und ging natürlich verloren, da „die RGO. führte." An der Niederlage waren selbstverständlich die „Arbeiterverräter" und „Sozialfaschisten" des Gesamtverbandes schuld. In allen kommunistischen Zeitungen an der Wasserkante wurde der Gesamtverband wegen des verlorenen Streiks in Danzig als „Verräter" beschimpft.

Dritter Akt: Der Danziger Hafenbetriebsverein hat den Gesamtverband auf Schadenersatz verklagt, weil er den Streik — trotz der Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruchs unterstützt habe. Und die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition? Sie hat dem Danziger Hafenbetriebsverein die Kronzeugen geliefert. Vier „klassenbewußte" revolutionäre Mitglieder der RGO. haben sich dem Hafenbetriebsverein verpflichtet, unter Eid zu bezeugen, daß der Gesamtverband die Streikenden — unterstützt habe.

* * *

Ist eine größere Niedertracht denkbar? Der Gesamtverband wird beschimpft, weil er den Streik nicht unterstützt habe und derselbe Gesamtverband wird von derselben RGO. den Unternehmern als Unterstützer des Streiks denunziert, nur damit der Gesamtverband in der Schadenersatzklage verlieren soll.

Wir fragen: Gibt es in Deutschland noch einen Arbeiter, der mit einem solchen Lumpengesindel noch einen Funken Sympathie haben kann?

## Achtung, freiorganisierte Bauarbeiter!

**Unsere Kollegenschaft beteiligt sich mit den erwachsenen Familienmitgliedern am Sonntag, den 31. Januar, vormittags 10 Uhr, an den Kundgebungen der Eisernen Front im Zirkus Busch oder im Konzerthaus. Geschlossener Anmarsch findet nicht statt. Trotzdem muß alles heraus. Für Recht und Wahrheit gegen jedes Banditentum!**

**Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.**

## Löhne und Lebenskosten

### Ein internationaler Vergleich

Das Internationale Arbeitsamt hat, wie aus der Verwaltungsratstagung hervorging, die sogenannte Ford-Enquete abgeschlossen. Diese Erhebung, die auf Grund von Arbeitgeberanträgen im Verwaltungsrat vor wenigen Tagen wieder zurückgezogen werden mußte, zeigt, daß das Internationale Arbeitsamt die ihm gestellte Aufgabe in einem umfassenden sozialpolitischen Sinne gelöst hat.

Für Ford kam es darauf an, zu wissen, welchen Lohn er in 14 europäischen Städten, wo er Filialbetriebe zu eröffnen beabsichtigte, den Arbeitern zahlen müsse, um ihnen die gleiche Lebenshaltung zu ermöglichen, wie sie die Ford-Arbeiter in Detroit haben. In Anbetracht der Fragestellung ist die Untersuchung im wesentlichen auf einen Vergleich der Lebenshaltungskosten in Berlin, Frankfurt a. Main, Kopenhagen, Stockholm, Helsingfors, Paris, Marseille, Antwerpen, Rotterdam, Cork (England), Warschau, Barcelona und Konstantinopel mit denen in Detroit abgestellt. Die Erhebung geht von dem durchschnittlichen Verbrauch einer vier- bis fünfköpfigen Arbeiterfamilie aus unter Zugrundelegung des durchschnittlichen Einkommens eines Fordarbeiters. Der Vergleichswert der Erhebung ist naturgemäß nur ein begrenzter. Trotzdem sind die Ergebnisse sehr interessant.

Vergleicht man unter den genannten Voraussetzungen die Lebenshaltungskosten in Detroit und Berlin für Nahrungsmittel, Kleidung, Miete, Heizung und Licht und Sonstiges, so ergeben sich folgende Zahlen:

| | Detroit | Berlin |
|---|---|---|
| Nahrungsmittel | 32,3 % | 47,9 % |
| Kleidung | 12,2 % | 14,6 % |
| Miete, Heizung und Licht | 28,6 % | 16,9 % |
| Sonstiges | 26,9 % | 20,6 % |

Demnach hat der deutsche Arbeiter einen wesentlich höheren Teil seines Einkommens für Nahrungsmittel aufzuwenden als der Amerikaner. Dagegen sind in Amerika die Aufwendungen für Miete, Heizung und Licht höher als bei uns. Der für „Sonstiges" übrig bleibende Teil ist für den Amerikaner höher. In ihm sind neben den Steuern die Sozialversicherungsbeiträge enthalten, die für den Amerikaner nicht in Frage kommen. Hier hat also der Amerikaner eine wesentlich größere Bewegungsfreiheit. Allerdings zeigen die Folgen der Krise, daß der amerikanische Arbeiter infolge des Fehlens einer Sozialversicherung bei Arbeitslosigkeit oder bei Krankheit sich in einer wesentlich schlechteren Lage befindet als der deutsche Arbeiter.

Die Erhebung umfaßt sehr weitgehend alle im Haushalt erforderlichen Artikel. Diese Tatsache war der Arbeitgeberpresse Anlaß, mit witzigseinsollenden, in Wirklichkeit aber nur dämlichen Bemerkungen die Erhebung herunterzureißen. So schrieb ein Schmok im Berliner Lokal-Anzeiger, eine Organisation, die sich mit den Posten für Nachthemden, Strumpfbändern, Frauenhemden, Korsetts und Wäsche befasse, sei wert, daß man ihr eine Nachtmütze stifte.

Der Wert der Erhebung besteht vor allem darin, daß einmal die Lebenshaltungskosten einer durchschnittlichen Arbeiterfamilie in den wichtigsten Ländern so einwandfrei wie möglich ermittelt wurden. Es hat sich dabei ergeben, daß nach Detroit in Europa die teuersten Städte Frankfurt am Main und Berlin sind. Ihnen folgen Kopenhagen, Cork und Paris. Am billigsten sind Barcelona, Antwerpen, Konstantinopel und Warschau, während die Lebenshaltungskosten in Helsingfors, Marseille, Manchester und Rotterdam dazwischen liegen. Wenn man aus der Erhebung die von Ford gestellte Frage beantworten will, dann ergibt sich, daß eine Ford-Fabrik in Berlin ihren Arbeitern 10 bis 17 Prozent weniger in Dollar zu zahlen hat, um ihnen dieselbe Lebenshaltung zu ermöglichen, wie einem Arbeiter in Detroit. Diese Feststellung ist sehr interessant, weil im allgemeinen auch in Fachkreisen die Meinung vorherrscht, daß die Lebenshaltungskosten in Amerika wesentlich höher seien, als sie in der festgestellten Differenz von höchstens 17 Prozent zum Ausdruck kommen. Man kann also verstehen, warum die Arbeitgeber und insbesondere die deutschen Arbeitgeber in Genf die Zurückziehung der Erhebung verlangten.

Selbstverständlich wird man einwenden, daß die Vergleichsgrundlagen vom 1. Januar 1931 infolge der Preissenkungen nicht mehr stimmen; aber ebenso positiv kann gesagt werden, daß mindestens in Deutschland die Löhne unter dem Druck der Krise noch rascher gesunken sind als die Preise, und daß sich demnach die Lage der Arbeiterschaft noch weiter verschlechtert hat. Die Untersuchung des Internationalen Arbeitsamtes, die zum ersten Male in diesem Umfang und in dieser Genauigkeit die Lebenshaltungskosten wichtiger Städte in Amerika und Europa ermittelte, behält unter allen Umständen ihren relativen Vergleichswert.

Der Kampf der Arbeitgeber gegen die Sozialstatistik entspringt nicht sachlichen Gründen. Er erklärt sich ganz einfach aus der Tatsache, daß jede Klärung der sozialen Verhältnisse in internationalem Ausmaß immer mehr zu der Erkenntnis führt, daß unter dem System der Privatwirtschaft die Produktion nicht in der Lage ist, trotz allen Reichtums an Gütern und trotz allen technischen Fortschritts die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen.

## Gewerbefreiheit muß für alle gelten

### Machtvolle Kundgebung des ambulanten Gewerbes

**Das ambulante Gewerbe, die Straßenhändler, Marktfahrer, Schausteller, Hausierer und die anderen Sparten des nicht seßhaften Handels, marschierte Dienstag nachmittag zu einer machtvollen Kundgebung im großen Saale des Breslauer Konzerthauses auf, die der Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender als Teil seiner in diesen Tagen in Breslau stattfindenden 9. Verbandstagung einberufen hatte.**

Welche Bedeutung dem Berufsstande des „fahrenden Volkes" innerhalb unseres Wirtschaftslebens zukommt, ließ die Anwesenheit der zahlreichen Behördenvertreter erkennen, die Kommunal-, Staats- und Reichsbehörden und verschiedene Ministerien vertraten. Ehe der Redner, Redakteur Brendel, mit seinen Ausführungen zu dem Thema der Kundgebung „Wirtschaftsnot, Notverordnung und ambulantes Gewerbe" begann, entbot Bürgermeister Genosse Mache der Verbandstagung einen Willkommensgruß der Stadt Breslau, die nur zu gerne Gelegenheit nehme, Tagungen solcher Art zu begrüßen, weil sie Volksgenossen aus allen Teilen des Reiches zusammenführe, die dadurch auch einmal Gelegenheit bekommen, die Metropole des deutschen Ostens kennenzulernen. Er unterstrich auch die volkswirtschaftliche Bedeutung des ambulanten Gewerbes, das ebenfalls unter der Not der breiten Schichten des Volkes zu leiden habe und begrüßte besonders den mit der Tagung dieses Berufsstandes auch zum Ausdruck kommenden organisatorischen Zusammenschluß.

Für die sozialdemokratischen Fraktionen des Reichs- und Landtages sowie für die schlesische Parteiorganisation entbot Reichstagsabgeordneter Genosse Passehl-Pommern der Tagung die besten Wünsche und wies darauf hin, daß es sich bei den Forderungen der tagenden Organisation nicht darum handelt, Subventionen zu fordern, wie es bei anderen Berufsständen an der Tagesordnung ist, sondern daß die ambulanten Gewerbetreibenden sich dagegen wehren, durch Abänderungen der Gewerbeordnung unter ein Ausnahmerecht gestellt zu werden, das untragbar sein würde. Bei diesen ihren Bestrebungen finde das ambulante Gewerbe die Sozialdemokratische Partei an ihrer Seite. Stürmischer Beifall bewies, daß der Hinweis des Genossen Passehl, daß Wirtschaftsfragen auch politischen Machtfragen sind, von den Versammelten verständig aufgenommen wurde. Nach weiteren kurzen Begrüßungsworten anderer Parteivertreter kam sodann der Redner, Redakteur Brendel-Berlin, zu Wort und kennzeichnete die gegenwärtige Situation für den ambulanten Handel, der neben dem Druck der Wirtschaftskrise auch die Schläge parieren muß, zu denen die Gegner des ambulanten Gewerbes täglich ausholen, weil sie den gegenwärtigen Augenblick für besonders geeignet dazu halten.

**An Hand mehrerer Zahlen umriß er sodann die volkswirtschaftliche Bedeutung des ambulanten Gewerbes, das neben dem Straßenhandel auf 4100 Märkten und 1500 Volks- und Schützenfesten um seine Existenz kämpft. Bedauerlich sei es, daß sich auch der Einzelhandel gegen das ambulante Gewerbe stelle, obwohl er Veranlassung haben müßte, Schulter an Schulter mit den fahrenden Händlern gemeinsam gegen die Schmälerung der Existenz zu kämpfen.**

An Hand zahlreicher Beispiele zeigte der Redner die Gegnerschaft verschiedener Behörden und politischer Parteien auf. Besonders hob er das Beispiel aus Leipzig hervor, wo dem ambulanten Gewerbe im Kommunalparlament der Garaus gemacht werden sollte mit der Forderung, jedem Händler jährlich 900 Mark besonderer Steuern und 600 Mark Standgeld aufzuerlegen. Nur dem Eintreten der Linksparteien war es zu danken, daß diese Erdrosselungspolitik nicht verwirklicht wurde. Scharf wandte er sich auch gegen einige völlig einseitige Ukasse der Industrie- und Handelskammern Hirschberg und Sagan und des Bürgermeisters von Goldberg.

Ausführlich ging der Redner anschließend auf die geplanten Aenderungen der Reichsgewerbeordnung ein und hob dabei die vielerorts anscheinend unbekannte Bedeutung des ambulanten Gewerbes hervor, das jährlich 20 Millionen Mark Umsatzsteuer aufbringe, 70 Prozent des Gemüsebedarfs an den Konsumenten vermittele und den Obstumsatz sogar zu 80 Prozent besorge. Das ambulante Gewerbe wolle nicht den Untergang des seßhaften Handels, es wolle auch nicht irgend ein Vorrecht, sondern es fordere das gleiche Staatsbürgerrecht wie alle anderen, verlange Gleichberechtigung und Gewerbefreiheit für alle Sparten.

Stürmischer Beifall dankte dem Redner, wie auch dem anschließend an die Versammelten appellierenden Verbandsvorsitzenden Oeser-Berlin, der darauf hinwies, aus den Erfahrungen die Nutzanwendung zu ziehen und sich restlos dem Reichsverbande anzuschließen.

Nachstehende

**Entschließung**

fand einstimmige Annahme:

Die Reichstagung des ambulanten Gewerbes in Breslau, veranstaltet am 26. Januar 1932 vom Reichsverband ambulanter Gewerbetreibender, bestehend aus zahlreichen Vertretern aus allen deutschen Gauen und [illegible] Breslauer Berufsangehörigen, bittet Reichsregierung und Reichstag:

Von der durch die Notverordnung vom 8. September 1931 erteilten Ermächtigung nur im Sinne der durch unsere Denkschrift vom Januar d. J. gestellten Anträge Gebrauch zu machen.

Die wirtschaftliche Not hat alle Zweige der deutschen Wirtschaft ergriffen, zu denen auch das ambulante Gewerbe gehört.

Schon längst ist die volkswirtschaftliche Bedeutung des ambulanten Gewerbes nicht nur von allen Parteien, sondern auch von führenden Wirtschaftsführern anerkannt und gewürdigt worden.

Es muß in einer Zeit wie der gegenwärtigen die höchste Aufgabe der Regierungen sein, der Verwaltungsbehörden sein, unter Anwendung rechtlicher Gleichstellung auch dem ambulanten Gewerbe die Möglichkeit einer Existenzerhaltung zu geben. Ausnahmerechtliche Bestimmungen müssen, soweit solche bestehen, eine Beschränkung herbeiführen und die Verfassungsmäßigkeit, beseitigt werden.

Unter Berufung auf Artikel 151 der Weimarer Verfassung verlangt das ambulante Gewerbe den Schutz und Erhaltung Gleichberechtigung mit allen Berufsarten und Gewerbetreibenden.

[illegible] PASTILLEN
[illegible]

## Millionen fordern die Abrüstung

In Berlin werden gegenwärtig Namenslisten gesammelt, die zur Abrüstungs-Konferenz nach Genf geschickt werden und die die Abrüstung aller Länder, nicht nur Deutschlands allein, fordern. Die Sammlung der Listen wird im Shell-Haus durchgeführt, wo täglich Hunderte erscheinen, um auch ihren Friedenswillen kundzugeben.

# Otto Brauns Lebensweg

### Der erste Mann in der „Eisernen Front"

**Am 28. Januar feiert der preußische Ministerpräsident Otto Braun seinen 60. Geburtstag. Mehrere neue Bücher bemühen sich, ein Lebensbild des Staatsmannes zu geben: Hans Steffen veröffentlicht eine Braun-Biographie im Historisch-Politischen Verlag; Erich Kuttner im Verlag R. Kittler; Georg Schwarz im Universitas-Verlag.**

Otto Braun ist der Sohn einer Landarbeiterstochter. Sie schickte ihn in Königsberg, seinem Geburtsort, die Volksschule besuchen — die Schule des Lebens war für ihn bedeutsamer. Er erlernte den Stein- und Buchdruck, strebte aber stets über enges Berufswissen hinaus. Die geistigen Grundlagen der sozialistischen Bewegung, der er sich abstammungs- und gefühlsmäßig von frühester Zeit an verbunden fühlte, studierte er in den Geheimzirkeln der damals verfolgten sozialdemokratischen Jugend. Vor allem war er ein eifriges Mitglied des „Leseklub Kant" — das Sozialistengesetz zwang zu diesem unverdächtigen Namen: hier arbeiteten Studenten deutscher und russischer Herkunft über Aristoteles, Hegel und Marx. „Verborgen vor den Augen und Ohren der Polizei lösten wir hier die größten Weltanschauungsprobleme", schreibt Otto Braun einmal. Aus dem Theoretiker von damals wurde einer der größten Praktiker der Gegenwart.

* * *

In der harten Konsequenz, die ihm stets zu eigen ist, erkennt Otto Braun, daß es nicht nur notwendig ist, zu erkennen, sondern auch zu wirken. Der Buchdrucker wird zum Schriftsteller, zum Journalisten. In forschem, jugendlichem Wagemut gründete Otto Braun mit Ludwig Quessel eine Wochenzeitung für die Propaganda der Reichstagswahl von 1893. Diese Wahlzeitung war ein großer Erfolg. Aus der Wahlzeitung wurde ein regelmäßiges Wochenblatt „Volkstribüne". Das Blatt kostete 5 Pfennig, war entsprechend verbreitet und — entsprechend verhaßt. Dem ersten Sitzredakteur wurden nicht weniger als sechzehn Klagen angehängt. Das hat der Reaktion aber nichts genutzt: aus der „Volkstribüne" wurde später die „Königsberger Volkszeitung".

Otto Braun war nicht nur sein eigener Zeitungsherausgeber, sein Redakteur, sein Drucker; er arbeitete ferner als Geschäftsführer der Allgemeinen Ortskrankenkasse; beteiligte sich führend an dem Konsumverein, der um die Jahrhundertwende in Königsberg gegründet wurde; bewährte sich — unter der Führung Hugo Haases — als gater Kommunalpolitiker in der Königsberger Sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion.

* * *

Otto Braun kannte vor allem einen Kampf: den gegen die feudalen Herren, die ihre Landarbeiter in dunklen Kasten ein elendes Leben führen ließen. Sonntag um Sonntag fuhr Otto Braun, dessen Zähigkeit einer seiner hervorragendsten Wesenszüge ist, aufs Land, um zu werben, zu agitieren. Mit Leidenschaft sprach er bei den Landarbeitern. Steffen berichtet darüber in seinem Buch: „Leicht war diese Arbeit nicht. Organisatorische Stützpunkte waren noch nirgend vorhanden. Gewerkschaften der Landarbeiter gab es noch nicht, weil die Landarbeiter kein Koalitionsrecht, also nicht das Recht zum Zusammenschluß zu Berufsverbänden, zum Zweck der Erringung besserer Arbeitsbedingungen besaßen. So mußten neutrale Unterstützungs- und Beratungs- oder Rechtsschutzvereine gegründet werden, für die kein Geld vorhanden war, weil die Landarbeiter fast nur Naturallohn und nicht mehr als 7 bis 8 Mark monatlich in bar erhielten. Erschwerend für die Agitation war es auf den denkbar schärfsten Widerstand der Gutsbesitzer zu stoßen, die nicht selten den Gendarm oder die Hofhunde auf die Agitatoren hetzten. Der junge Otto Braun, der auf seinen Fahrrade selbst unermüdlich im Lande unterwegs war, konnte sich des öfteren nur mit knapper Not vor derartigen Berufsfreunden retten."

Die Sozialdemokratie, die bald erkannte, daß sie in Otto Braun den hervorragendsten Vertreter der Landarbeiterinteressen und einen glänzenden Sachverständigen in allen Agrarfragen gewonnen hat, holte ihn im Jahre 1911 in den Parteivorstand. Im Jahre 1914 wurde Otto Braun im Wahlkreis Nieder-Barnim—Ober-Barnim ins preußische Abgeordnetenhaus gewählt. Hier im Dreiklassenparlament vertrat er mit der ganzen Schwere seiner reichen Erfahrungen und mit der ganzen Liebe, die er stets den Unterdrückten gegenüber tatkräftig bewiesen hat, die Interessen des Sozialismus.

* * *

Nach der Staatsumwälzung im Jahre 1918 wurde Otto Braun das Ministerium für Landwirtschaft zugeteilt. Der junge Agitator von einst konnte jetzt im Sinne seiner früheren Ideale praktisch wirken: die Gesindeordnung fiel; die Landarbeiter erhielten endlich ihre staatsbürgerliche Freiheit. Kein Wunder, daß ihn die Großgrundbesitzer „Minister gegen die Landwirtschaft" nannten. Otto Braun antwortete: Wenn man die Landwirtschaft Preußens allein mit den Interessen des östlichen Großgrundbesitzes kurzsichtig identifiziert, dann allerdings, aber nur dann, bin ich ein Minister gegen die Landwirtschaft. Den Ehrentitel „Landarbeiter-Minister" nehme ich gern an." Selbstverständlich begnügte sich Otto Braun nicht mit dem gesetzgeberischen Akt der Landarbeiterbefreiung. Vor allem versuchte er das Uebel der Landflucht zu bannen. In der Landflucht sah er die schwerste Gefahr für die Arbeiterbeschaffung der Landwirtschaft des deutschen Ostens, ferner für die ohnehin nur kleinen Ansätze von Gewerbe und Industrie. Er wußte, daß in erster Linie außer der politischen Rechtlosigkeit, die schlechte Entlohnung und die fürchterlichen Wohnverhältnisse für landwirtschaftliche Arbeiter die Ursache für die Landflucht war. Unter Otto Brauns Leitung gelang es auch dem preußischen Landwirtschaftsministerium allmählich so viel Mittel bereitzustellen, daß in den Jahren 1921/1928 21 075 neue landwirtschaftliche Werkwohnungen und 16 895 Landarbeiteigenheime gebaut werden konnten. Ebenso setzte sich Otto Braun im Reichsrat dafür ein, daß das zugelassene Kontingent der ausländischen Arbeiter von Jahr zu Jahr systematisch herabgesetzt wurde. Durch aktive Reformen bei der Produktivierung und Intensivierung der heimischen Landwirtschaft erstrebte er, daß Deutschland mehr und mehr seinen gesamten Nahrungsmittelbedarf im Lande erzeugte. So wurde allmählich durch seine Arbeit die östliche Landwirtschaft zur deutschen Landwirtschaft!

* * *

Nach dem Kapp-Putsch wurde Otto Braun preußischer Ministerpräsident. Der Posten, der früher mehr repräsentativer Natur war, erhielt durch ihn hohe staatsmännische Bedeutung. Durch die allmähliche Demokratisierung der Verwaltung, das heißt, durch stärkere Heranziehung von Republikanern zur Beamtenschaft, wurde Preußen zum Hort der Deutschen Republik. Ihre Einheit zu retten, half er vor allem im zähen Kampf gegen den Separatismus.

## Der Verteidiger Deyckes

### „Ein Schuld im Rechtssinn kann nicht festgestellt werden"

Am Mittwoch sprach im Calmette-Prozeß Rechtsanwalt Dr. Ihde, der Verteidiger von Professor Deycke. Sein Plädoyer schloß mit den Worten:

„Wenn Sie, meine Herren Richter, meinem Antrag, den ich hiermit stelle: Professor Deycke freizusprechen, stattgeben, dann wird sich mancher fragen, ob dieses Ergebnis befriedigend sei. Die Oeffentlichkeit wird, aus ihrer bisherigen Einstellung zu schließen, zu einem großen Teil diese Frage verneinen. Die öffentliche Meinung, wie sie bisher sich geäußert hat, beweist das. Ein schweres Unglück ist geschehen, geschehen durch Menschenhand, geschehen unter staatlicher Autorität. Da muß es Verantwortliche geben — so ist der naive Gedankengang der Menge. Während die breite Masse sonst geneigt ist, für den Angeklagten Partei zu nehmen, namentlich dann, wenn er aus lauteren Motiven gehandelt hat, während sie sonst überaus empfindlich ist gegen jeden Justizirrtum zu Ungunsten des Angeklagten, so ist in unserem Falle, wenigstens außerhalb der Grenzen Lübecks, bisher nur vereinzelt Verständnis hervorgetreten für das schwere menschliche Geschick, das die Angeklagten dieses Prozesses betroffen hat. Ohne Klagen hat Professor Deycke die Schmähungen und Angriffe hingenommen, die in der Oeffentlichkeit gegen ihn erhoben wurden. Der Verlauf des Prozesses hat uns sicher wieder daran erinnert, woran doch Einsichtige niemals haben zweifeln können: daß auch in der Medizin als Wissenschaft wie als praktischer Kunst, der Mensch die Grenzen, die ihm die Natur gesetzt hat, nicht überschreiten kann. Und Unrecht ist es, die etwaigen Unzulänglichkeiten einzelner einem ganzen, hochgeachteten wissenschaftlichen Stand aufzubürden.

Ich zweifle nicht, meine Herren Richter, Sie werden sich meiner Auffassung anschließen, daß eine Schuld im Rechtssinne, die für das Urteil kausal wäre, nicht vorliegt. Und wie sollte hier, falls sie dennoch zu einem anderen Ergebnis kämen, die Strafe bemessen werden? Sprengt nicht gerade auch in dieser Hinsicht der gegenwärtige Fall Inhalt und Sinn unseres Strafrechts? Wenn Sie, meine Herren Richter, sich gezwungen sehen sollten, eine Strafe gegen Deycke festzusetzen, wenn Sie ihn in dieser Strafe als Persönlichkeit, als Charakter beurteilen sollten, dann werden sie sich bewußt sein müssen, daß die Strafe hier ihren Zweck, wie wir ihn heute auffassen, verloren hat. Ich fasse zusammen: eine Schuld Deyckes im Rechtssinne, die kausal für das Unglück und bestimmt strafbar ist, kann nicht festgestellt werden. Von einer menschlich tragischen Schuld ist Deycke nicht freizusprechen.

Zum Schluß noch einige Worte zu dem Appell, den Rechtsanwalt Dr. Frey an Sie gerichtet hat. Eine Freisprechung, so sagte er, wäre ein Dolchstoß in die Unabhängigkeit der Justiz, wäre eine Vernichtung des Ansehens der Justiz. Diese Worte sind ein Dolchstoß gegen die innere Unabhängigkeit des Gerichts. Das Bewußtsein, vor Richtern zu stehen, die sich unter keinen Umständen durch einen Druck von außen bestimmen lassen würden, anders zu urteilen, als es ihrer innersten Ueberzeugung entspricht, ist der einzige Halt gewesen, den die Angeklagten in diesen Wochen und Monaten seelischer Qual hatten."

## Todesurteil gegen einen Gattenmörder

**Der 27jährige Gütler Michael Weigl aus Eichenhofen (Oberpfalz) wurde gestern in Amberg wegen Gattenmordes zum Tode verurteilt.**

**Weigl hatte nach seinem eigenen Geständnis im August vergangenen Jahres eine Portion Tollkirschen unter den Schwarzbeerenbrei, den es zum Abendessen gab, gemischt. Er achtete genau darauf, daß die Tollkirschen nur an der Seite der Schüssel waren, an der seine Frau aß. Weigl aß dann mit ihr aus der gleichen Schüssel, sie die vergifteten Schwarzbeeren, er die unvergifteten. Die Frau starb in der folgenden Nacht.**

## Anklage in der Potsdamer Korruptionsaffäre

Der Oberstaatsanwalt in Potsdam hat in der bekannten Korruptionsaffäre Anklage wegen schwerer Bestechung gegen den Stadtbauinspektor Rauh und die beiden Inhaber der Baufirma Lilie erhoben. Die Verhandlung soll möglichst schon in wenigen Wochen vor dem Erweiterten Schöffengericht stattfinden.

## Auffindung von Kriegsgefallenen bei Arras

Bei den Nachforschungen nach den Leichen von Soldaten im ehemaligen Kampfgebiet sind in der Zeit vom 28. Dezember bis 21. Januar in der Umgegend von Arras 208 Leichen gefunden worden, und zwar 142 französische Soldaten, von denen 44, und 66 deutsche Soldaten, von denen 8 identifiziert werden konnten.

## Schnellzug zertrümmert vollbesetzten Autobus

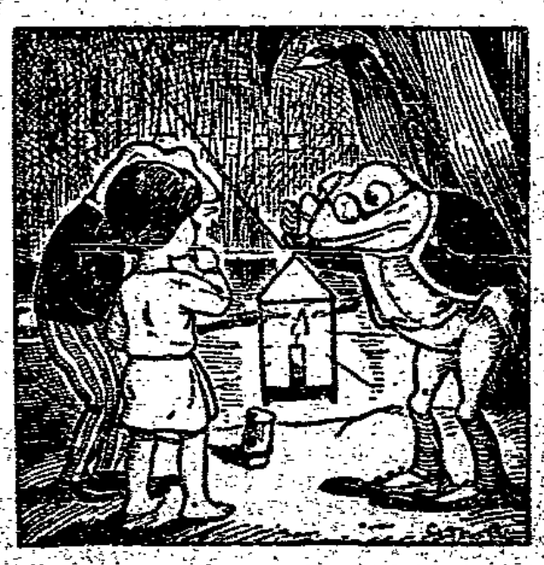
**In der Nähe von Krajowa in Rumänien ereignete sich ein verhängnisvoller Zusammenstoß zwischen Autobus und Schnellzug. Ein Autobus, in dem sich 26 Arbeiter und Arbeiterinnen befanden, wollte einen Bahnübergang überqueren, trotzdem die Schranke bereits herabgelassen war. In diesem Augenblick brauste der fällige Schnellzug heran. Der Autobus wurde von der Lokomotive erfaßt und vollständig zertrümmert. Vier Insassen waren sofort tot, 18 wurden so schwer verletzt, daß die meisten von ihnen im Sterben liegen. Der Autobusführer wurde verhaftet. Er hatte keine Fahrberechtigung, sondern führte Schwarzfahrten aus.**

# Prinzessin Sternmiere

Von E. H. Rotman.

45.

Endlich steuerte Jeremias das Boot in eine schmale Rinne zwischen den Binsen. Am Ende dieser Rinne war ein hohes, bellerstarrendes Tor. „Das ist der Palast des Froschkönigs", [illegible] Jeremias. [illegible] kam ein alter Diener mit einer [illegible] Laterne herzu. Er machte das Boot fest mit dem Seil, das Jeremias ihm zuwarf.



46.

„Hm, so! Das ist nun das Feenkind, von dem du sprachest", brummte der alte Diener, der sehr schnurrig aussah. „Das Mädchen sieht nicht danach aus. Zu meiner Zeit hatte jedes ordentliche Feenkind zwei Flügelchen und ein Sternlein in seinem Haar. Ja, ja, wir leben augenblicklich in einer seltsamen Zeit. Daß nun geht durch!"

(Fortsetzung folgt.)